SDS info 25

1. DEZEMBER 69 1 DM

GEGEN 'LINKS' OPPORTUNISMUS UND SEKTIERERTUM IN DER ORGANISATIONSFRAGE

Erklärung des Beirats der Roten-Presse-Korrespondenz zum Vorg[illegible] der ML-Gruppen und der Ruhrkampagne

Auf seiner Sitzung am 23.11. hat der Beirat der RPK mit Mehrheit beschlossen, einen Artikel der ML-Fraktion zur Organisationsfrage erst nach Abschluß der Arbeitskonferenz vom 6./7. 12. zu veröffentlichen. Auf einer außerordentlichen Sitzung des Beirates am 24.11., die zu dem Zweck einberufen war, die verschiedenen anderen, für die nächste Nummer vorgesehenen, Artikel zu besprechen, erklärte die Redaktion, daß sie sich an den Beschluß des Beirats nicht gebunden sehe und für die Periode bis zur Arbeitskonferenz die politische Verantwortung für die RPK allein an sich nähme.

Der Beirat hat daraufhin der Redaktion das Mißtrauen ausgesprochen und übernimmt selbst die Aufgaben der Redaktion bis zur Arbeitskonferenz.

Die Arbeitskonferenz wurde einberufen, als deutlich wurde, daß im Beirat verschiedene Fraktionen auftraten, deren Stellung zur RPK nicht mehr nur von Fall zu Fall entschieden werden konnte, sondern grundsätzlich geklärt werden mußte.

Von allen im Beirat vertretenen Gruppen war als Ziel der Arbeitskonferenz definiert worden, "die [illegible]sprüche der [illegible]pen offen auszutragen [illegible] Gemeinsamkeiten zu finden, die [illegible] an d[illegible]stellungen einer n[illegible]revisionistischen Praxis zu definieren hatten." (RPK [illegible])

Darüber hinaus erklärte die M-L-Fraktion und die Ruhrkampagne, "daß die Zusammenarbeit der Fraktionen im RPK-Beirat die Klärung der gemeinsamen ideologischen Basis voraussetze".

Im Gegensatz dazu - und die Ergebnisse der Arbeitskonferenz nicht abwartend - legte die M/L-Fraktion am Sonntag ein Papier vor, das nicht mehr als Diskussionsbeitrag zur Organisationsfrage verstanden werden kann, sondern die Bekanntgabe der Gründung einer parteiähnlichen Organisation darstellt.

Aus der Diskussion wurde deutlich, daß diese Organisation bereits besteht und Kritik zwar zur Kenntnis nimmt, eine organisatorische Veränderung aber nicht mehr von der Diskussion und solidarischen Mitarbeit der verschiedenen revolutionären Gruppen abhängig macht. In diesem Zusammenhang verstehen die Genossen, die sich Marxisten-Leninisten nennen, die

GEGEN LINKSOPPORTUNISMUS ...

RPK lediglich als eine propagandistische Plattform, deren bisherige pluralistische Konzeption sie zementieren wollen, um von dort aus die Rekrutierungsarbeit für ihre Partei vorantreiben zu können. Damit torpedieren sie ebenso wie die mit ihnen verbündeten Strategen der Ruhrkampagne alle Bemühungen der übrigen im Beirat vertretenen revolutionären Gruppen, den bisherigen Pluralismus zu überwinden, auf der Arbeitskonferenz den ersten Schritt zur Herstellung einer "gemeinsamen ideologischen Basis" zu tun und damit zu einer Neubestimmung der RPK zu kommen.

Der Beirat hält die Gründung einer marxistisch-leninistischen Übergangsorganisation für notwendig. Die Gründung einer solchen Organisation kann aber nicht von einer Scheinfraktion vorgenommen werden, die in ihrem Papier in keiner Weise die Anstrengung macht, die Bedingungen revolutionärer Praxis in der nächsten Etappe der Klassenkämpfe in der Bundesrepublik und in Westberlin anzugeben, die als Konkretisierung ihrer Praxis wie ihrer Organisation nur Schulung zu nennen weiß und einige Begriffe des Marxismus-Leninismus usurpiert, um damit die schwarze Linie ihrer Praxis zu kaschieren. Nach der Arbeitskonferenz wird das Papier der "M/L" als Dokument der schwarzen Linie abgedruckt und kritisiert werden.

I N H A L T

RPK-Beirat Berlin: Gegen "Links"opportunismus und Sektierertum in der Organisationsfrage 1

Bundesvorstand: Zu einigen Schwierigkeiten gegenwärtiger BV-Politik 3

Jürgen Horlemann: Zum Kampf gegen den Revisionismus 5

Lothar Menne: Über den Stand der Volkskriege 8

Helmut Richter: "Entwicklungshilfe" und unterentwickelt gehaltene Länder 12

Frankfurter Projektgruppe Springerprozesse: Gewalt im liberalen Rechtsstaat 16

Bundesvorstand: Einige Anmerkungen zur Amnestiefrage 2o

Gérard Chaliand: Die palästinensische Widerstandsbewegung ist eine entscheidende Kraft geworden 23

Palästina-Komitee Frankfurt: Erklärung zum Bombenattentat auf das jüdische Gemeindehaus in Berlin 29

Einladung zur kubanischen Zuckerrohrkampagne 31

D O K U M E N T A T I O N

AStA Kiel: Über die weitere Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Streikrat der Howaldt-Werft 32

Frankfurter Flugblatt: Zweierlei Reformpolitik, oder: VDS, letzter Akt 35

GENOSSEN, Info 26 hat am Mittwoch, dem 1o. Dezember Redaktionsschluß.

SDS-INFO wird herausgegeben vom Bundesvorstand des SDS, 6 Frankfurt, Wilhelm-Hauff-Str. 5, Telefon 74 o1 o9. SDS-INFO kostet im Einzelbezug 1o.- für ein Vierteljahr, 18.- für ein halbes Jahr bei vierzehntägigem Erscheinen. Der Preis beträgt im Massenversand und Direktverkauf weiterhin 1.- DM.

ZU EINIGEN SCHWIERIGKEITEN GEGENWÄRTIGER BV-POLITIK:

Wir haben seit der mißglückten, aber lehrreichen VDS-Politik einige Male versucht, politische Kriterien für eine sinnvolle überregionale Arbeit jenseits von technischen Bestimmungen festzulegen. Das Ergebnis ist das Info, das nicht mehr bloß Dokumentation von Gruppenaktivität ist, sondern darauf abzielt, zu einigen der Papiere Stellung zun nehmen, um die Kritik der Genossen herauszufordern und überregionale Diskussionen zu ermöglichen. Wenn diese Stellungnahmen nicht zur olympischen post festum-Kritik verkommen sollen, muß die Reisetätigkeit des BV einer Revision unterzogen werden.

Noch in den Streiksemestern war es sinnvoll, auf Anfrage in all jenen Gruppen für eine begrenzte Zeit mitzuarbeiten, die unter unmittelbarem Mobilisierungs- und Agitationsdruck standen. Da es heute um selbstkritisches Aufarbeiten der eigenen Geschichte, langfristige Organisationsfragen und Selbsterziehungsprozesse geht, ist es eher desorganisierend, sich ad hoc an den nur tagespolitischen Diskussionen - in die zwar meistens theoretische und perspektivische Probleme eingeschlossen sind - der Gruppenversammlungen zu beteiligen. Wenn der BV eine strukturierende Reisetätigkeit wahrnehmen soll, die sich dann auch im Info niederschlagen kann, müssen die Themen und Problemkreise vorher von den Gruppen festgelegt und vorbereitet werden.

Wir sind zwar bereit, weiter in lokalen Konfliktsituationen Agitationshilfen zu geben, aber das muß gegenwärtig eine sekundäre Funktion des BV sein. Ein exemplarisches Beispiel für eine falsche Reisetätigkeit ist unser letzter Bochum-Trip.

Obwohl wir mit einigen Bochumer Genossen unser Kommen mehrmals besprochen hatten, hat die MV uns geflissentlich übersehen. Das ist verständlich, da die Bochumer - wie viele Gruppen - im BV nach wie vor eine formale Kontroll- oder Überprüfungsinstanz fürchten, ohne sich jemals in einem inhaltlichen Sinne zu ihm definiert zu haben, um von daher politische Ansprüche an ihn zu stellen.

So hatten wir den Eindruck, daß die Diskussionsweise der Genossen darauf angelegt war, eine Gruppe zu präsentieren, die im produktiven Sinne des Wortes keine Konflikte kennt.

Alles wurde mit jedem vermittelt: Ein lokaler Kleingewerbetreibender namens Brokmeier, dessen Buchhandlung eine Filiale an der Ruhruniversität besitzt und der 6 Angestellte und Lehrlinge, die einen Betriebsrat wählen wollten, entlassen hatte, wurde zum Angelpunkt sowohl der Hochschul- als auch der Lehrlingsmobilisierung, und die Aktionen vor seinem Kaufmannsladen bekamen ausdrücklich Vorbereitungscharakter für zukünftige Vietnamaktionen des gesamten Ruhrgebiets, indem sie Brokmeier-Moratorien geheißen wurden.

Einige Genossen, die darauf hinweisen, daß man anti autoritär politisiertes Klima und "Gegenmilieu" nicht ohne weiteres mit Mobilisierungsinhalten verwechseln dürfe, blieben ungehört.

In dieser MV - abgesehen von unserer Anwesenheit - galt nur das Positive. So entledigte man sich gleich zu Beginn eines negativen, weil einzelgängerischen und nicht integrierbaren Arbeitergenossen, dem man seinen Mangel an Unterordnung unter Betriebsbasisgruppenbeschlüsse und selbstherrliche Aktionen vorwarf. Der Verdacht, er sei ein Spitzel, konnte zwar nicht erhärtet werden, blieb aber als Makel an ihm haften. Was Wunder, daß sich dieser arme Mensch vor der Übermacht auf den absurdesten und stereotypsten aller Anwürfe zurückzog: die Betriebsgruppe treibt objektiv CIA-Politik. Anstatt den Verteidigungscharakter dieses Gegenvorwurfs zu verstehen, begriff man ihn als Vorwurf bezahlter CIA-

Tätigkeit und forderte mit viel Pathos Beweise. Wie stabil dieser Genosse ist, zeigte sich spätestens bei seinem Abgang: er forderte nämlich eine "faire" Verhandlung: 7 Ankläger und 7 Verteidiger. Man könnte diese Forderung als Kompliment an eine Organisation auffassen, die wir nicht im entferntesten sind.

Wie stellen wir uns eigentlich die Bewältigung der zukünftigen Bildungsaufgaben mit Arbeitergenossen vor, wenn wir von vornherein denjenigen, die vereinzelt zu uns kommen, unser eigenes Bewußtsein abverlangen oder unser eigenes Unvermögen, solidarische Diskussionsformen und Lernprozesse zu entwickeln, in sie hineinprojizieren?

Gerade die Arbeiter, die jetzt schon zu einer "verbindlichen" Zusammenarbeit bereit sind, haben notwendig ein "einzelgängerisches" bis "sektiererisches" Bewußtsein, gemessen an dem integrierten apathischen "Normalverhalten" der Arbeitermassen, sonst kämen sie nicht zu uns.

Ein solcher, von der Bochumer Gruppe selbst nicht durchschauter bewußtloser Akt des Rauswerfens zeigt nur einmal mehr die Notwendigkeit der reflektierten Verfügung über die eigene Geschichte:

Das "Substrat der Geächteten" Marcuses ("Eindimensionaler Mensch") erspart uns zwar nicht die genauere klassenanalytische Bestimmung der Klassenbewußtsein ausbildenden Gruppen in der BRD, gilt aber auf jeden Fall solange, wie die Arbeiter nicht aus politischen Motiven etwa innerhalb einer organisierten Zusammenarbeit während eines Streiks (Kiel, Hamburg, München, Saarbrücken) gezielte Forderungen an eine längerfristige Zusammenarbeit mit uns stellen.

Wenn die Bochumer Gruppe Schwierigkeiten in der Betriebsgruppe hat, so sind sie jedenfalls nicht auf der MV diskutiert worden, obwohl man auch hier das - mittlerweiele zum mea culpa herabgesunke - "Versagen bei den Septemberstreiks" wie eine Selbstanklageformel vorwegschickte, um dann zur Tagesordnung des Positiven überzugehen. Worin dieses "Versagen der Studenten" eigentlich bestand, wurde nicht einmal ansatzweise erwähnt, nicht einmal da , wo die z ahlreich erschienen Herren der DKP/Spartakus ungehindert anwesend waren und sich in der plumpsten Weise an der angeblichen "Niederlage" des SDS in der VDS-Frage weideten.

Ganz sicherlich gibt es für die Bochumer objektiv ein breites Feld von DKP-Revisionismus-Fragen sowohl an der Uni als auch in der Betriebs- und Vietnampolitik, aber diese Fragen sind dort noch nicht entdeckt. Da der BV auf der einen Seite als Politkommissariat gefürchtet erscheint, war seine Anwesenheit auf der anderen Seite allenfalls Anlaß, nach der Ferientätigkeit des Genossen Frank Wolff und dem Verbleib von VDS-Geldern zu forschen.

In einer Situation, in der das Kommen der BV-Genossen dann nur noch begriffen wird als das subjektivistische Bedürfnis von ein paar Funktionären, sich zu rechtfertigen, kommt keine solidarische Diskussion mehr darüber auf, wie denn nun das Verhältnis von subjektivem Unvermögen und objektiven Widerständen in Rechtsverhältnissen, Finanzordnungen und bürgerlich-parlamentarischen Verkehrsformen sich in der VDS-Frage darstellt, ganz zu schweigen von der Klärung eines fundamentalen Fehlers aller Genossen - die die VDS-Frage traurigerweise nicht interessiert hat -, wie sich denn im heutigen Spätkapitalismus solche Agglomerate wie der SDS zu offiziösen Institutionen generell verhalten sollen. Die DKP hat sich ins Fäustchen gelacht, obwohl sie in Hamburg rückgratlos (wie überall) mit den Technokraten vom SHB und dem alten VDS-Funktionärspack paktiert hat.

Das Beispiel Bochum zeigt nicht, daß es sich hier um eine schlechte Gruppe handelt, sondern macht lediglich ein Moment der scheinhaften Sicherheit klar, mit der Genossen andernorts in die "festen" ML-Organisationen entschwanden oder SPD wählen. (Angesichts solcher - gegen Problematisierungen und Negationen abgesicherter - apologetischer Diskussionen nimmt es auch nicht Wunder, daß die Genossen Rabehl und andere ihr geheimes Ruhrkampagnensüppchen ungehindert auf der Anschauung der Bochumer Gruppensituation kochen können. Die Bochumer sollten dem Rabehl da etwas auf die Finger sehen und ihm nicht geschmeichelt als Objekt dienen, sondern genauer lesen, was er über sie schreibt oder schreiben läßt.)

Wenn es uns gelingen soll, diesen Schein der Sicherheit und Selbstgenügsamkeit zu durchbrechen, müssen wir vorbreitet und solidarischer diskutieren.

BV

ZUM KAMPF GEGEN DEN REVISIONISMUS

Referat auf der Versammlung der Studenten am 14.11.69 im Audimax der TU Berlin

I.

Das Studium der Klassenverhältnisse in Vietnam, die Analyse der Entwicklung der Produktivkräfte im Volkskrieg und durch den Volkskrieg ist für uns wichtig als ideologische Waffe im Kampf gegen den Revisionismus um uns herum und in uns selbst.

Wir müssen über unsre bisherige Kritik am Revisionismus, die nur sagte: die Revisionisten sind Revisionisten, hinausgelangen und den Kampf gegen den Revisionismus als Teil der konkreten Solidarität mit den vietnamesischen Genossen begreifen lernen.

Das Studium der Taktik der Revisionisten von der sowjetischen Führungsclique über die SEW bis zur DKP in der Vietnam-Frage zeigt uns, wovor wir uns selbst in Acht zu nehmen haben.

Die beiden Hauptparolen der Revisionisten, die Parolen "Selbstbestimmung" und "Frieden" zeigen, daß für die Revisionisten der Vokskrieg in Vietnam nur ein lokaler Krieg ist, und aus dieser Einschätzung folgt praktisch: die Verhinderung weiterer Revolutionen in Südostasien und in der gesamten Dritten Welt. Das ist der Inhalt der beiden revisionistischen Parolen. Sie sind ein Versuch, die vietnamesische Revolution in ihrer Weiterentwicklung und Ausdehnung auf andere Länder Südostasiens zu verhindern.

Um dieses Ziel zu erreichen unterstützen die Sowjetrevisionisten eine ganze Reihe von reaktionären Regierungscliquen in Asien in der Absicht, machtpolitisch den Status quo aufrechtzuerhalten. Sie behaupten, daß diese Regierungen die Interessen der Massen wahrnehmen, und sie deklarieren ihr Vorgehen als proletarischen Internationalismus. In Wirklichkeit jedoch verhindert diese Politik die Entstehung und Durchführung revolutionärer Volkskriege.

"In Indonesien richtete die Militärjunta Suhartos nach ihrem Machtantritt im Jahre 1965 ein Blutbad unter den indonesischen Kommunisten an. Die indonesischen Kommunisten wischten sich das Blut ab, organisierten ihre Reihen von neuem und schlugen den Weg des bewaffneten revolutionären Kampfes ein. In dieser Zeit ... trommelte (die sowjetrevisionistische Renegatenclique) eine Handvoll Renegaten aus der kommunistischen Partei Indonesiens zusammen, und sie veröffentlichten dort, unter Mißbrauch des Namens der Kommunistischen Partei Indonesiens, ein revisionistisches politisches Programm. ~Dieses politische Programm, das die ... revisionistische Linie ... vom 'friedlichen Weg' und dergleichen verhökerte, war dazu bestimmt, den bewaffneten Kampf des indonesischen Volkes in der Knospe zu beschneiden. Die sowjetrevisionistische Renegatenclique verhalf auch einer Handvoll Renegaten aus der Kommunistischen Partei Indonesiens dazu, zur Durchführung konterrevolutionärer Propaganda und zur Sabotierung des bewaffneten revolutionären Kampfes des indonesischen Volkes in der Sowjetunmon eine konterrevolutionäre Zeitschrift mit dem Titel 'Des Volkes Wille' herauszugeben."(Peking Rundschau, 3.Juni 1969,S.28)Die Sowjetunion ist Indiens größter Waffenlieferant und sein zweitgrößter Kreditgeber. Sie unterstützt das faschistische Regime Suhartos in Indonesien. Die Sowjetunion unterstützt offen das Militärregime in Burma. Ein führendes Mitglied des revisionistischen Flügels der KP Burmas ist heute der wichtigste Wirtschaftsberater der faschistischen Regierung. Sie kollaboriert offen mit dem Schah in Persien, gibt ihm Kredite und schickt ihm Waffen, die zur Unterdrückung der persischen Bauern, Arbeiter uns Studenten benutzt werden.Während des chinesisch-indischen Grenzkrieges, den Indien vom Zaun gebrochen hat, lieferte die Indien Waffen.

Der Versuch, ein "Kollektives Asiatisches Sicherheitssystem" zu installieren, ist ein weiterer Versuch, die Dynamik der erstarkenden revolutionären Bewegungen in Südostasien zu unterlaufen.

Die Praxis der vietnamesischen Genossen ist die praktische Negation dieser Versuche. Die vietnamesischen Genossen haben begriffen: daß die nationale Revolution in Vietnam nur erfolgreich sein kann durch den Fortschritt der Revolutionen in ganz Südostasien. Wie China betreiben sie eine Außenpolitik der konkreten Unterstützung der erstarkenden Befreiungsbewegungen.

II.

Die Praxis der Sowjetrevisionisten wird theoretisch ausgewiesen durch jenes Verständnis von Geschichte, das besagt: es gibt nur eine Alternative - friedliche Koexistenz oder Atomtod. Das heißt Status quo. Menschen, die bereit sind, ihre eigene Geschichte selbst in die Hand zu nehmen, gibt es damit nicht mehr, die Kämpfe der Massen erscheinen nur noch als Druckmittel zur Vorbereitung diplomatischer Aktivitäten, als wirkungsvoll in Szene gesetzte Apelle. deren Verwirklichung institutionell gedacht wird. Die Friedens- und Selbstbestimmungsparolen der Revisionisten zeigen die Unfähigkeit, den sozialen Zustand nach dem Sieg der vietnamesischen Revolution aus den Klassenbewegungen selbst und aus dem Vokjskrieg zu entwikkeln: die Selbstbestimmung wird zu einer Frage der nationalen Souveränität. Mit Hilfe der materiellen Unterstützung, die gemessen an der Produktionskapazität der Sowjetunion gering ist, wird versucht, die vietnamesischen Genossen zu erpressen. Verhandlungen sollen Hand in Hand gehen mit der Einschränkung des Volkskrieges, eine "friedliche Lösung" soll erreicht werden.

China wird vorgeworfen, "die Taktik Pekings ziele darauf ab, eine politische Lösung der gegenwärtigen Probleme zu hintertreiben. Die herrschende Gruppierung Chinas tue alles, um den Krieg in Vietnam in die Länge zu ziehen." Vollends deutlich wird das Kapitulantentum der Revisionisten in der Behauptung, die auf der Moskauer Konferenz im Juni 69 aufgestellt wurde: China sei Schuld an der amerikanischen Aggression. "In Vietnam, wo der Imperialismus selbst eine riesige Militärmaschine einsetzen mußte, nutzte er die durch die antisowjetische Großmachtpolitik der Mao-Tse-Tung Gruppe entstandene Lage für seine Aggression gegen dieses sozialistische Bruderland in Südostasien aus."

Die Praxis der Vietnamesen zeigt, daß sie sich diese Position der Sowjetunion nicht aufzwingen lassen, Für sie sind Verhandlungen nur eine Waffe im politischen Kampf, der nur in dialektischem Zusammenhang mit dem Volkskrieg begriffen werden kann. Die Verhandlungen entscheiden nicht den Ausgang des Volkskrieges in Vietnam, sie bilden eine zweite Front, sie treiben die Widersprüche in den Metropolen des Kapitalismus selbst voran.

"Während wir verhandeln, werden wir den Kampf noch verschärfen. Wer mit der Führung von Verhandlungen beauftragt ist, verhandelt, und wer mit Kampfaufgaben beauftragt ist, kämpft weiter, weil der entscheidende Faktor das Schlachtfeld ist. Auf diese Weise werden wir die Chancen nutzen, die Verhandlungen bieten und unsere militärischen Angriffe und unsren politischen Kampf intensivieren."(Nguyen Van Vinh)

III.

Wir sehen also: Das Verhalten der Revisionisten wird durch die Gesetze des Imperialismus bestimmt.Das heißt zweierlei:

1. Sie reagieren nur auf den Imperialismus und starren ihn gebannt an wie ein Karnickel die Schlange und wittern überall den Atomkrieg;
2. Ihr Verhalten gegenüber Vietnam und anderen Befreiungsbewegungen zeichnet sich dadurch aus, daß sie diese bekämpfen und verhindern. Zugleich versuchen sie, die VR China politisch, ökomomisch und militärisch zu isolieren.

Warum hassen die Revisionisten die chinesische Revolution, deren Inhalte und Methoden? Warum schreiben und brüllen sie daß Mao ein Massenmörder sei, daß das Volk von Mao verachtet werde? Warum ist für die Revisionisten die Kulturrevolution ein Exzeß des Kleinbürgertums? Die Frage nach der Angst, die die Revisionisten vor der chinesischen Revolution empfinden, ist berechtigt, und sie erklären sie täglich selbst: Es handelt sich hier um die Angst vor den eigenen Massen, die, erfahren sie die Wahrheit über die vietnamesische und chinesische Revolution, den Kampf gegen die sowjetischen Revisionisten beginnen würden. Es handelt sich hier um die Angst derer, die besessen sind von dem kleinbürgerlichen Ideal, die USA als Konsumproduzenten zu überholen, mit aller Gewalt bemüht sind, dem Volk ein Bewußtsein zu geben, als habe es keinerlei Möglichkeiten, seine Geschichte selber zu machen. Die chinesischen

Genossen beschreiben diese Annäherung zwischen Sowjetrevisionismus und US-Imperialisten mit folgenden Kategorien: beide sind gegen das Volk, beide sind gegen die Revolution.

Das Beispiel Vietnam und das Beispiel China zeigen klar, daß der Imperialismus, wenn er gezwungen wird, einen Kolonialkrieg zu führen, in Widersprüche gerät, die zu lösen er auch unter Einsatz seines gesamten militärischen Apparates nicht mehr in der Lage ist. Der exemplarische Charakter Vietnams liegt also nicht nur darin, daß dort ein kleines Volk sich heldenhaft gegen einen übermächtigen Feind zur Wehr setzt, sondern auch darin, daß der US-Imperialismus mit jedem Napalmkanister, den er in den vietnamesischen Dschungel schmeißt, seine eigene Niederlage vorantreibt. Denn Der Imperialismus beschleunigt im Krieg die Zerstörung der traditionellen sozio-ökonomischen Verhältnisse der kolonial unterdrückten Völker und schafft selbst die Bedingungen, unter denen diese Völker im revolutionären Volkskrieg neue sozio-ökonomische Beziehungen schaffen - damit fähig werden, nicht nur den Imperialismus, sondern auch seine einheimischen Marionetten zu besiegen.

Mit der Einsicht in diese Dialektik imperialistischer Kriege muß sich notwendig auch unser Verhältnis zu diesen Kriegen ändern. Der moralische Protest, der das vietnamesische Volk noch ausschließlich als Objekt und Opfer imperialistischer Unterdrückung begriff, hatte als zentrale und denunziatorische Kategorie die des "Völkermords". Von pazifistischen Kategorien unterschied uns nur der Grad an Empörung, der uns Eier, später Steine, ans Amerikahaus werfen und in einen Lernprozeß über die Funktion des bürgerlichen Staatsapparates eintreten ließ.

Die Praxis der Revisionisten in Westberlin heute zeichnet sich durch dieselbe Verachtung der kämpfenden Massen aus, wie die Praxis der Revisionisten in der Sowjetunion. Wie ihre Veranstaltung am Dienstag (11.11.) gezeigt hat, begreifen sie sich solidarisch nur mit den Opfern, aber nicht mit dem kämpfenden und siegenden Volk.

NIEDER MIT DEM IMPERIALISMUS, DEM REVISIONISMUS UND DEN REAKTIONÄREN ALLER LÄNDER !

AGITATION

AGITATION 1: Straßenbahnaktionen 1969

Die Hannoveraner Genossen versuchen,den Stellenwert sozialreformerischer Ansätze wie sie in der "Aktion Roter Punkt" auftraten,zu verarbeiten.Im Heidelberger Beitrag wird begründet ,weshalb die Genossen dort die unspezifische Mobilisierung einer Null Tarif Forderung durch das klassenspezifische "Freie Fahrt zum Arbeitsplatz zu ersetzen versuchten.Der BV kritisiert einerseits die Überschätzung spontaner Selbstorganisation im Hannoveraner Beitrag ,wendet sich dann aber vor allem gegen das nach seiner Ansicht dirigistische Konzept der Heidelberger.

Preis:netto 2.8o,darf nicht teuerer als 3.5o verkauft werden.

AGITATION 2:Klassenkampf statt Wahlkampf

Die Münchner Arbeiterbasisgruppen analysieren und dokumentieren Ihre Aktionen vor den Betrieben,wie sie sich von der Störung von Wahlkundgebungen zur Agitation für wilde Streiks in einigen Betrieben entwickelt haben.Die Tarifverhandlungen in der Metallindustrie boten den Genossen die Möglichkeit ,die Forderung Klassenkampf statt Wahlkampf den Arbeitern betriebsspezifisch zu vermitteln.Die Auswirkungen der Kampagne zeigten sich beim Streik der Müllarbeiter und dem Warnstreik bei Hindapp.

Preis:2.8o ,darf nicht teuerer als 3.5o verkauft werden.

trikont verlagskooperative

13. DEZEMBER!

ÜBER DEN STAND DER VOLKSKRIEGE

I. Die ersten Aktionen der revolutionären Linken in der BRD zwischen dem Herbst 1965 und dem Sommer 1967 waren fast ausschließlich Aktionen gegen den Imperialismus (Anti-Tschombé-Demonstrationen in Westberlin und München, illegales Vietnam-Plakat, die ersten militanten Vietnam-Demonstrationen, Protest gegen den Besuch des Schahs in verschiedenen Städten etc.), obwohl diese Periode eher durch eine globale Offensive der Konterrevolution gekennzeichnet war: Vervielfachter, direkter Einsatz des US-Imperialismus in Südvietnam, Bombenangriffe gegen die DRV, Militärputschs und weitgehende Vernichtung der revolutionären Bewegungen in Indonesien und Brasilien, Rückgang der Partisanenbewegung in Laos, Niederlagen der meisten lateinamerikanischen Guerillabewegungen, die als Reaktion auf den Sieg der kubanischen Revolution fast überall auf dem Subkontinent entstanden waren.

II. Und während der ursprüngliche antiimperialistische Impetus der westdeutschen Linken spätestens seit Februar 1968 immer weiter zurückging (erst jetzt wird das Thema Imperialismus wieder in etwas größerem Rahmen überhaupt diskutiert), übernahm die Revolution an vielen Fronten die Offensive. Betrachten wir in diesem Zusammenhang zunächst den vietnamesischen Volkskrieg. Dazu ein Auszug aus einer Resolution vom letzten Kongreß des nordamerikanischen SDS:

"Die Tet-Offensive vom Januar/Februar 1968 markierte eine neue Phase des Krieges. Der Kampf bewegte sich vom Land in die Städte, und deren Umgebung und in die US-Stützpunkte. Wichtige militärische und politische Fortschritte wurden erzielt, die den Hintergrund für die Pariser Verhandlungen und die jetzige militärisch-politische Situation in Vietnam darstellen.

FNL-Partisanen drangen in 14o Städte ein und in 11 von den 14 großen US-Flugplätzen. Sie fanden die Unterstützung von hunderttausenden unter den Stadtbewohnern, die die Guerilleros schon Tage vor den Angriffen ernährten, Waffen versteckten und für Nachschub sorgten. Diese unter totaler Geheimhaltung durchgeführte Unterstützung war der entscheidende Faktor der Tet-Offensive, ein hervorragendes Beispiel des Volkskriegs. In dieser Zeit wurde eine Stadtarmee aufgestellt. FNL-Kommuniqués sprachen jetzt von den "Revolutionären Streitkräften", die ihre Mitglieder aus der Jugend der Städte rekurtieren: Studenten, Arbeiter und Deserteure der Marionetten-Armee. Ihre Einheiten waren nach Stadtbezirken eingeteilt.

Vor der Tet-Offensive betrachtete das US-Saigon-Kommando die Städte als "sicheren Rückhalt", von dem aus die Positionen der Befreiungsarmee auf dem Lande angegriffen werden konnten. Damals war es für die FNL immer eine schwierige Operation gewesen, die Positionen des Feindes in den Städten bei Nacht anzugreifen und dann unbemerkt wieder zu den Stützpunkten auf dem Lande zu kommen. Mit den "festen Basen" in der unmittelbaren Umgebung der Städte kann die FNL jetzt mit Raketen und Granatwerfern Flughäfen, Kommunikationszentren und Öldepots angreifen. Munition kann beinahe nach Belieben erobert werden, und die Partisanen können durch das Spinnennetz von Tunneln und Gräben in den Städten und deren Umgebung jederzeit entkommen. Die "festen Basen" sind eine organische Verbindung zwischen den Stützpunkten im Dschungel und in den Bergen und der Bevölkerung in den Städten. Die Städte sind kein "sicherer Rückhalt" der Alliierten mehr, sondern ein Frontgebiet.

Obwohl die diesjährige Offensive nicht durch die intensiven Truppengefechte des Vorjahres gekennzeichnet war, haben die Raketen und Granaten der FNL dennoch ein ähnliches Ausmaß der Zerstörung verursacht. Über 2ooo Hubschrauber und Flugzeuge wurden am Boden vernichtet. Die Offensive konzentrierte sich auf die

Flugstützpunkte am Rande der Städte und auf das extensive technologische und natürliche (Flüsse und Wege) Kommunikationssystem des US-Saigon-Kommandos.

Die politischen Ergebnisse der Tet-Offensive sind offensichtlich: wesentliche Fortschritte der FNL, Zusammenbruch der US-Saigon-Verwaltung. Die letzten Andeutungen einer Kontrolle der Saigoner Verwaltung über die "vorrangigen Pazifizierungsregionen" sind zerfallen. Die US-Truppen wurden in den Städten zusammengezogen, wodurch sie permanent in eine defensive Position kamen - wenn sie versuchten, Regionen zurückzuerobern, die noch vor einem Monat als "eroberte Regionen" gegolten hatten. Seit Tet muß das US-Saigon-Kommando sich ganz darauf konzentrieren, Fluß- und Straßenverbindungen wieder aufzubauen, die unmittelbare Umgebung der Stützpunkte abzusichern und Prestigepositionen wieder einzunehmen.

Die Zerstörung des Pazifizierungsprogramms bedeutete eine wesentliche politische Niederlage der USA. Solange es bestand, konnte der sogenannte "politische Krieg" um die Herzen und die Seelen der Bauern noch perpetuiert werden, ebenso wie die Mythen von der Kontrolle und der wachsenden Macht Saigons. Heute kann nicht einmal mehr die Rede davon sein, die politische Präsenz Saigons auf dem Lande wiederherzustellen, ganz zu schweigen von "Ausbau und Konsolidierung seiner Macht".

Was immer die Saigoner Quislings an Kontrolle über die Städte gehabt hatten, wurde während der Tet-Offensive zerstört. Das war offensichtlich, als Ky und Thieu sich an die Macht klammerten, indem sie der amerikanischen Politik zustimmten, "die Städte zu zerstören, um sie zu retten". Soweit die Stadtbevölkerung vorher nicht von den Grausamkeiten auf dem Lande tangiert worden war, kennt sie jetzt die faschistische Brutalität, die ihre Häuser bombardiert und ihre Straßen in Schutthaufen verwandelt.

Die FNL hat ihre Untergrundarbeit in den Städten mit Studentengruppen und "Selbstverwaltungskomités" weiter ausgedehnt. In den Arbeitervierteln ist die administrative Basis für ein neues Leben in befreiten Gebieten geschaffen worden. Die Selbstverwaltungskomitees kümmern sich um Alltagsbedürfnisse, etwa medizinische Betreuung und Versorgung mit Lebensmitteln. Bewaffnete jugendliche Stadtbewohner agieren als Selbstverteidigungseinheiten, und die FNL führt in diesen Vierteln kulturelle Veranstaltungen durch. Strategisch wichtige Teile der Städte sind heute effektiv befreite Gebiete.

Die Pariser Verhandlungen müssen wir unter dem Aspekt der politisch-militärischen Hegemonie der FNL auf vietnamesischem Territorium sehen. Die Nationale Befreiungsfront verhandelt nicht aus einer Position der Schwäche; noch unternimmt sie in ihrgendeiner Weise einen "Ausverkauf des vietnamesischen Volkes" (wie es die Progressive Labor Party PLP, die größte "marxistisch-leninistische" Gruppierung in den USA, darstellt - Anm. der Red.). Die Front kommt nach Paris, nachdem sie acht Jahre lang gekämpft und einen militärrischen Sieg der USA unmöglich gemacht hat. Sie hat in zunehmendem Maße die Loyalität der Masse der vietnamesischen Bevölkerung gewonnen und in den befreiten Gebieten die Anfänge einer neuen Gesellschaft geschaffen. Außerdem weiß die FNL wohl bkesser als irgendjemand sonst, daß die einzige Möglichkeit der Südvietnamesen, wirkliche Unabhängigkeit zu erringen, nicht in Verhandlungen besteht, sondern in dem Kampf, der es für die USA militärisch und politisch unmöglich macht, ihre mörderische Präsenz in Vietnam fortzusetzen. So hat die Front die Kämpfe im Süden weitergeführt und die US-Strategie auf eine reine Defensivoperation reduziert, während sie gleichzeitig in Paris verhandelt.

Die Pariser Unterredungen müssen also als eine weitere Front gesehen werden, von der aus für die Freiheit Vietnams gekämpft wird. Und in dieser Hinsicht hat die FNL in Paris wichtige Siege errungen. 1) hat sie ihre Position als unabhängiges und repräsentatives Organ des südvietnamesischen Volkes klar zum Ausdruck gebracht. 2) bestand in den Reihen der FNL und der DRV vollständige Übereinstimmung; eine wichtige Demonstration von Macht und Propaganda, sowie ein scharfer Kontrast zu dem bitteren Mißtrauen zwischen den USA und ihren "Alliierten", deren bloße Existenz von amerikanischer Hilfe abhängig ist. Und während Nixon Thieu überreden mußte, mit der FNL "ernsthaft zu verhandeln", hat die Front immer klar gesagt, daß sie nicht die Absicht hat, die Marionetten in ihren Plan einer Koalitionsregierung einzubeziehen. 3) hat die FNL eine internationale Plattform gewonnen, um ihre

Positionen zu erklären und die Unterstützung der US-Aggression noch weiter zu schwächen."

Die in dieser Resolution angedeuteten Tendenzen sind inzwischen noch durch mehrere Faktoren bestätigt worden: die Proklamation der Provisorischen Revolutionsregierung, Putschgerüchte in Saigon, der Rücktritt von Cabot Lodge als Verhandlungsleiter, die Opposition von Saigoner Armeeführern wie General Minh gegen die Marionettenregierung, das Moratorium etc. Und außerdem:

"Die Vorbereitungen für eine mächtige Winteroffensive in Südvietnam werden zur Zeit getroffen. Die Winteroffensive wird den Imperialismus noch weiter zurückwerfen, und er wird wie ein blindwütiges Tier um sich schlagen." (Jürgen Horlemann)

Zu der Offensive der revolutionären Bewegungen in anderen Ländern Südostasiens ein Auszug aus der Kommunistischen Studentenzeitung (herausgegeben vom SDS Tübingen):

"Der US-Imperialismus hat seit kdem Ende des 2.Weltkrieges sein ökonomisches und militärisches Engagement in Südostasien beträchtlich verstärkt. Diese Länder (Laos, Kambodscha, Thailand, Malaysia, Burma, Indonesien, Philippinen) haben strategische Bedeutung für den Kapitalexport, zur Erzielung kolonialer Extraprofite, als Rohstofflieferanten, als Absatzmärkte und als militärische Stützpunkte. Die neokolonialistischen Methoden sehen überall ähnlich aus: mit Unterstützung der korrupten Kompradoren- oder Militärregimes werden die Länder ausgeraubt, wodurch sich die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung f ständig verschlechtert. In allen genannten Ländern operieren Guerillas; die Hauptmasse der Kämpfer rekrutiert sich aus den Massen der landlosen Proletarier und armen Bauern. Trotz zunehmender Bekämpfung durch die durch US-Geld und US-Berater auf Zack gebrachten Regierungstruppen gewinnen die Befreiungsbewegungen überall an Boden."

Auch an anderen Fronten der Dritten Welt ist die Revolution zum Angriff übergegangen; oder zumindest konnten offensive Aktionen des Imperialismus durch den internationalen revolutionären Aufschwung verhindert werden.

Die palästinensischen Partisanen haben seit dem Juni 1967 eine unglaublich rapide Entwicklung genommen; und ihre Aktivität ist nicht nur eine Bedrohung für die zionistische Erscheinungsfrom des Imperialismus, sie aktualisiert auch die Konflikte innerhalb der arabischen Gesellschaften, wie die neuesten Ereignisse im Libanon beweisen, und weisen auf eine Revolutionierung des gesamten Nahen Ostens.
In Lateinamerika hat die Tournee des liberalen Imperialisten Rockefeller die Explosivität der sozialen und politischen Situation in fast allen Ländern des Subkontinents gezeigt. In dem relativ weitgehend urbanisierten Argentinien haben Generalstreiks und damit verbundene militärische Auseinandersetzungen Möglichkeiten für eine revolutionäre politische und syndikalistische Organisierung der Arbeiterklasse eröffnet. In Brasilien haben militante Aktionen in den Städten die materiellen und politischen Voraussetzungen für den bewaffneten Kampf auf allen Ebenen hergestellt. Uruguay, Chile und Mexiko, die drei Staaten mit demokratischer Fassade, mußten diesen Anstrich unter dem Druck massiver Auseinandersetzungen fallen lassen.

Die Machtübernahme durch nationalistische Militärs in Peru, Sudan und Libyien (ohne Zweifel mit "bonapartistischen" Zügen; die Differenzen zwischen diesen Putschs können wir hier nicht näher ausführen) w wurde trotz gewisser antiimperialistischer Züge ihrer Politik von den USA nicht verhindert oder rückgängig gemacht - Guatemala oder Santo Domingo ließ sich nicht ohne weiteres wiederholen. Die imperialistische Konterrevolution muß sich Mäßigung auferlegen, weil die Revolution zu stark und zu diversifiziert geworden ist - was natürlich nicht heißen kann, daß der US-Imperialismus bei einer realen Bedrohung seiner Macht nicht dennoch intervenieren wird.

Und im Mutterland des Imperialismus selbt hat sich die schwarze Kolonie zum Kamßpf organisiert, in der Black Panther Party und verschiedenen anderen Gruppen. Sie zwingt die USA, ihreGewaltpotential auch im Inneren bloßzulegen, es nicht mehr nur zu exportieren.

III. Die Aufgabe der internationalistischen Ausrichtung unserer eigenen Politik (Horlemann: "Seitdem gibt es nur noch Internationalismus-Kampagnen, geführt von einigen Spezialisten, einerseits, und Privinzialismus in der Politik der Universitäts- und Basisgruppen andererseits") ist also auf keinen Fall

auf einen Rückgang der revolutionären Bewegung im Weltmaßstab zurückzuführen. Den Grund hierfür müssen wir also in den Verhältnissen dieses Landes, der Entwicklung unserer eigenen Bewegung suchen. Hierzu Jürgen Horlemann:
"Ein prinzipieller Fehler, der uns in Provinzialismus und Handwerkelei geführt hat, ist theoretischer Natur. Der theoretische Fehler bestand darin, daß wir die Widersrpüche der gegenwärtigen Epoche ungenau analysierten, indem wir nämlich behaupteten, es gäbe nur e i n e n Hauptwiderspruch, und das sei der zwischen dem Imperialismus und den unterdrückten, armen Völkern. Dieser Fehler hätte nicht unterlaufen können, wenn nicht die theoretische Diskussion unter dem Einfluß der sogenannten 'kritischen Theorie' der 'Frankfurter Schule' gestanden hätte. Wenn man unhistorisch und unmaterialistisch wie diese 'Schule' den Imperialismus mit dem Stalinismus gleichsetzt..., dann nimmt man sich die Möglichkeit, die vorhandenen Widersprüche in der Welt dialektisch-materialistisch zu analysieren. Dann ist es leicht, unterschiedslos Sozialismus in seinen verschiedenen historischen Erscheinungsformen und Imperialismus xx zu den vereinigten Feinden der Menschheit zu erklären, speziell den Menschen in der sogenannten 'Dritten Welt'. Dieser Rest der Menschheit, unkritisch als arm, ausgebeutet und leidend gekennzeichnet, ist dann der alleinige subjektive Faktor der Revolutionierung der Welt, mithin blieb uns nichts anderes übrig, als uns mit ihnen zu identifizieren. Denn angeblich waren wir, die Intellektuellen, in dieser Gesellschaft die einzig Denkenden, die ihre Unterdrückungssituation zu würdigen wußten."

Diese Ansammlung von Erinnerungsfragmenten läßt einige Fragen offen: 1) Hat es im SDS überhaupt je die Tendenz zur phänomenologischen Gleichsetzung Imperialismus-Stalinismus gegeben? Von den Vertretern der Frankfurter Schule hat zumindest Herbert Marcuse dieser These explizit widersprochen. 2) Der kritische Theoretiker, der die vom Genossen Horelmann kritisierte These vom Hauptwiederspruch zwischen Imperialismus und unterdrückten Völkern besonders hervorhebt, ist Lin Biao: "Der Widerspruch zwischen den revolutionären Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und den Imperialisten, angeführt von den Vereinigten Staaten, ist der grundlegende Widerspruch der Welt von heute. Die Entwicklung dieses Widerspruchs treibt den Kampf der Völker der ganzen Welt gegen den US-Imperialismus und seine Lakaein voran." ("Lang lebe der Sieg im Volkskrieg") 3) ist es wohl ohnehin eine vulgäridealistische Reduktion, Fehlentwicklungen einer linken Bewegung auf falsche tehoretische Ansätze, die niemand leugnen wijrd, zurückzuführen. Die vom Genossen Horlemann geforderte dialektisch-materialistische Analyse ist es jedenfalls mit Sicherheit nicht.

Oberflächlichkeiten dieser Art weisen jedoch auf eine der dringendsten Auggaben der revolutionären Linken dieses Landes in diesem Moment hin: die kritische Aufarbeitung unserer eigenen Vergangenheit, der Entwicklung und Fehlentwicklung dieser Bewegung. Darin liegt eine wesentliche Voraussetzung der Überwindung von "Handwerkelei und Provinzialismus" - die wir antreffen, wenn Sprecher von Basisgruppen die Teilnahme an antiimperialistischen Demonstrationen mit der Begründung ablehnen, sie könnten ihrer Basis diese Inhalte nicht vermitteln. Diese Position geht davon aus, daß Kämpfe um unmittelbare Bedürfnisse notwendig zu einem Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus führen werden, da diese ja die Ursache der unmittelbaren Unterdrückung seien. Deshalb seien solche Kämpfe auch objektiv antiimperialistisch. Zur Überwindung dieses Determinismus, zur systematischen Einführung antiimperialistischer politischer Inhalte, gilt es, die Diskussion über die Bedeutung des Imperialismus und der weltweiten antiimperialistischen Revolution im SDS überhaupt wieder aufzunehmen. Lothar Menne

ROTER BUCHLADEN

für Ökonomie, Soziologie, Psychologie,
linke Zeitschriften und M A O

Christian Boblenz, 355 Marburg,
Hirschberg 5.
Eingang Schuhmarkt neben dem Karzer

"ENTWICKLUNGSHILFE" UND UNTERENTWICKELT GEHALTENE LÄNDER

Aus der Erkenntnis heraus, daß die Solidaritätsbekundungen mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes nicht auf der Stufe des - wenn auch massenhaften - moralischen Protestes stehen bleiben dürften, sollte die anti-imperialistische Woche in Frankfurt nicht nur Kampf-, sondern auch Seminarcharakter bekommen. Das Ziel sollte sein, die Gesetzmäßigkeiten des imperialistischen Produktionsprozesses allererst wieder für uns selbst öffentlich diskutierbar zu machen und auf der neuen Diskussionsebene auch neue Ansatzpunkte für revolutionäre Phantasie zu finden.

Die inhaltliche Vorbereitung der anti-imperialistischen Woche in Frankfurt war aus Zeitmangel und wegen heftiger politischer Auseinandersetzungen der beteiligten Genossen miserabel. Deswegen konnten die im Laufe eines Tages aus Freiburg, Marburg und Frankfurt zusammengetriebenen Alt-Genossen das Teach-in am Vorabend der Demonstration nur dadurch vor dem frustrierenden Chaos retten, indem sie ihre halbvergessene Lektüre von 1960 oder noch früher referierten: nämlich die schon klassische politische Ökonomie der unterentwickelt gehaltenen Länder von Baran.(1) Barans Ergebnisse mußten gegen das liberale Argument von der humanitären Entwicklungshilfe herangezogen werden. Überraschenderweise gaben sich aber auch die Genossen nicht damit zufrieden, sondern verlangten eine ausführliche Darstellung der Baran'schen Analyse. Dieses, den ganzen Abend vor dem Tag der Demonstration anhaltende Interesse an den alten Kamellen ist zugleich ermutigend und enttäuschend. Es rechtfertigt aber den fast unveränderten Abdruck eines Referates, das ich 1967 zu demselben Thema in einem wirtschaftspolitischen Hauptseminar gehalten habe, weil die technokratsisch-etatistische Argumentationsweise eines der progressivsten bürgerlichen Wirtschaftsprofessoren sonst nicht zu ertragen gewesen wäre.

Die herrschende Lehrmeinung erklärt die Unterentwicklung der U-(= unterentwickelt gehaltenen)-Länder vor allem aus zwei Gründen:

1. Ungenügende Kapitalausstattung
2. Ungenügende Infrastruktur als Investitionsbremse.

ad 1) Die ungenügende Kapitalausstattung soll nach dieser Auffassung daher kommen, daß der volkswirtschaftliche Überfluß der U-Länder selbst zu niedrig ist und die klassischen Mechanismen, die einen Kapitalzufluß aus den Metropolen bewirken würden, aus verschiedenen Gründen nicht funktionieren.

ad 2) Die bescheidenen vorhandenen Faktoren werden in den U-Ländern deswegen nicht optimal eingesetzt, weil der private Investor die social costs für Infrastruktur-Investitionen (Verkehrsverbindungen, Ausbildung etc.) mittragen müßte, seine Investitionen für ihn also nicht rentabel wären.

Für dieses - bewußt unpolitische - Verständnis von Unterentwicklung liegt die Lösung des Problems einfach darin, daß die jeweiligen Regierungen aus der "Entwicklungshilfe" Programme zur Verbesserung der Infrastruktur finanzieren und diese Pläne beizeiten veröffentlichen. Dann erst kann der private Unternehmer seine Kostenstruktur bei alternativen Investitionsvorhaben abschätzen, dann esst kann er auch in die Industrieproduktion investieren.

Dagegen lassen sich zwei Thesen aufstellen:

1) Der volkswirtschaftliche Überschuß (2) ist - in % des Sozialprodukts gemessen - in den U-Ländern ebenso groß wie in den Metropolen.

Nach einer Untersuchung der UN von 1951 über "Nationaleinkommen und seine Verteilung in den unterentwickelten Ländern" betrug das Einkommen aus Vermögensbesitz (ohne Einkommen der Personalunternehmen) in Nord-Rhodesien 42.9 % des Nettosozialprodukts, in Chile 26.1 %, in Peru 24.1 %. Es handelt sich hier genau

um den Teil des arbeitslosen Einkommens, des Mehrprodukts, den die Kapitalisten in den Metropolen nicht konsumieren, sondern erneut investieren.

Harvey O'Connor beschreibt in seinem Buch "The Empire of Oil", New York 1955, daß Kuweit für die Bohrlizenz von der anglo-amerikanischen Kuweit Oil Company allein 1954 22o Mio $ erhielt. Das Durchschnittseinkommen der 2oo ooo Bewohner Kuweits betrug in derselben Zeit pro Jahr 5o $. Selbst unter der Annahme, die 22o Mio $ seien das gesamte Volkseinkommen, bliebe ein investitionsfähiger Überschuß von 21o Mio $.

Selbst in der bürgerlichen Nationalökonomie wird inzwischen schon größeres Gewicht auf die Untersuchung der Verwendung des Überschusses gelegt. Für eine politische Ökonomie ist die Verwendung nicht von der Verteilung des Mehrprodukts zu trennen. Der Kampf der verschiedenen Klassen um das Mehrprodukt konstituiert ja erst eine geschichtliche Entwicklung und damit die Klassen an sich. Im Modell der historischen Entwicklung Europas lassen sich verschiedene typische Verwendungsformen einzelnen Klassen zuordnen. Der typische Gegensatz zwischen Feudaladel und aufstrebendem Bürgertum war z.B. der Luxuskonsum des einen und Investitionen in die Industrieproduktion des anderen. Weitere mögliche Verwendungsformen sind: Spekulation, Infrastrukturinvestitionen, Investitionen in die Landwirtschaft, Unterhalt von Militär- und Verwaltungsapparaten.

Für die U-Länder ist es einfacher, statt einer Verteilung nach Klassen eine Verteilung nach Sektoren zu untersuchen. Prinzipiell lassen sich vier Sektoren unterscheiden, in die der volkswirtschaftliche Überschuß fließt: 1. Landwirtschaft, 2. Distribution (Händler, Spekulanten, Wucherer), 3. Industrie und 4. Staat.

2) Die Repräsentanten der vier Sektoren, in denen über die Verwendung des volkswirtschaftlichen Überschusses entschieden wird, haben kein Interesse an einer industriellen Entwicklung.

Betrachten wir der Reihe nach die Verwendung des Überschusses in den vier Sektoren:

1. Der landwirtschaftlich genutzte Boden muß abwerfen: den Lebensunterhalt für die Bauernfamilie, Pacht und/oder Steuern und Zinsen für die Verschuldung des Bauern bei Mißernten. D.h., wenn der Überschuß nicht in der Landwirtschaft konsumiert wird, fließt er in die anderen Sektoren. Auch bei Großgrundbesitz und Plantagenwirtschaft wird er kaum in die Landwirtschaft investiert werden, weil Landmaschinen teuer sind, Arbeitskräfte aber billig. Die Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals ist in der Landwirtschaft besonders niedrig und das Risiko wegen der Preisschwankungen hoch. Wegen des in U-Ländern üblichen hohen Zinssatzes werden die Großgrundbesitzer überflüssiges Kapital eher in der Distribution investieren.

2. In der Distribution wird - von einem geringen Teil abgesehen - überhaupt kein Überschuß erzeugt, hier wird nur umverteilt. Die Zwischenschicht von Händlern, Spekulanten, Geldverleihern zieht den volkswirtschaftlichen Überschuß aus den anderen produktiven Sektoren ab.

In Europa war die Konzentration des Überschusses im Handelskapital die Voraussetzung für die Entwicklung des Industriekapitalismus. Hier hatten sich aber schon unter dem Merkantilismus vorindustrielle Produktionsformen entwickelt, deren Träger nur noch die Hilfe des Staates brauchten, um den Übergang vom Handels- zum Industriekapital in genügend großem Rahmen zu vollziehen. Nach der Französischen Revolution (in England schon vorher) war der Staat zu ihrem Staat geworden. Die nötigen Infrastrukturmaßnahmen wurden von den privaten Unternehmern, die daraus externe Ersparnisse zogen, erzwungen.

3. Eine so breite Schicht von Industrieunternehmen ist auf dem Binnenmarkt der U-Länder nicht zu finden. In Europa war der Übergang vom Handels- zum Industriekapital möglich, weil - abgesehen von der Machtübernahme im Staat - gleichzeitig freie Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft abgezogen werden konnten und die Manufakturen "alle ländlichen Nebengewerbe vernichteten", also für alle spannen und webten. Auf diese schrittweise Ausdehnung des Binnenmarktes konnte auch der Schneeballeffekt der Investitionen wirksam gemacht werden. In den U-Ländern finden wir zwar die eine Bedingung erfüllt: es gibt genügend freie Arbeitskräfte in den Slums der Städte, aber die ländlichen Nebengewerbe sind schon in der Kolonialzeit von Unternehmen der "Mutterländer" vernichtet worden.

Der Schneeballeffekt blieb aus, der Binnenmarkt blieb schmal.

Wo unter diesen Voraussetzungen ein inländischer Unternehmer in Konkurrenz zu den Importeuren treten will, braucht er große Kapitalmengen zur Errichtung der modernsten kostensparendsten Produktionsverfahren. Wegen der geringen Nachfrage wird er, wenn er erfolgreich ist, schnell den gesamten Markt beherrschen. Er wird zum Monopolisten, der sich jeder Konkurrenz widersetzen wird.

4. Der Staat als "Machtinstrument der herrschenden Klasse" kann nach der bisherigen Analyse keine anderen Interessen vertreten als die Vertreter der drei vom Imperialismus privilegierten Schichten in der bisher vom Imperialismus zementierten Sozialstruktur der U-Länder.

Unter der Voraussetzung, daß das ausländische Kapital vor allem an der Ausbeutung der mineralischen und landwirtschaftlichen Rohstoffe der U-Länder interessiert ist, bilden ausländische Konzerne und die Verfilzung von Großgrundbesitzern, Händlern und vereinzelten Monopolisten eine Einheit, die sich einer Industrialisierung widersetzen wird.

Staatsausgaben werden vor allem zur Verbesserung der Infrastruktur verwendet. Bessere Verkehrswege zum Transport der Rohstoffe und bessere Ausbildung zur Disziplinierung von Arbeitskräften nützen vor allem den Investitionen der ausländischen Unternehmen. Daneben erschließen die neuen Städte, Häfen und Verkehrswege neue Märkte für das inländische Handelskapital.

Ein schnelles wirtschaftliches Wachstum unter kapitalistischen Bedingungen würde für die ausländischen Unternehmer folgende Nachteile mit sich bringen:

a) Stärkung der Verhandlungsposition der Arbeiter, durch Abbau der Reservearmee;
b) Preissteigerung für Waren, die sie in den U-Ländern kaufen müssen;
c) Höhere Steuern, Zölle und Devisenbewirtschaftung.

Von der herrschenden Clique in den U-Ländern selbst hätten Großgrundbesitzer und die Händlerschicht vermutlich durch eine Industrialisierung nichts zu verlieren. Aus unmittelbaren ökonomischen Interessen widersetzen sich nur die vereinzelten Industrieunternehmer, die ihr Monopol dadurch gefährdet sehen würden.

Solche Überlegungen sind jedoch scholastisch, da alle drei Spezies unfähig sind, irgendeine Initiative zu entwickeln, wenn sie nicht durch das Kapitalinteresse der Metropolen diktiert wird.(3)

Seitdem Baran seine Analyse vorgelegt hat, sind in der Imperialismus-Diskussion neue Ansätze aufgetaucht, die allesamt mehr Gewicht auf die Motivation der Absicherung der bestehenden Machtblöcke als auf die reinen Rohstoffinteressen legen.

Was sich bisher undeutlich abzeichnet, ist das Bild des ideellen Weltgesamtmonopolisten, der noch Schwierigkeiten hat, die Einzelinteressen der mächtigen Konzerne gleichmäßig zu befriedigen.

In dieses Bild paßt es, wenn Magdoff sich gegen die plumpe Rentabilitätsrechnung als Motivation wendet: "Ein Staat kann Milliardenbeträge ausgeben, die von der gesamten Bevölkerung aufgebracht werden müssen, um ein Land im Einflußbereich eines Konzerns zu halten, der daraus nur Millionenprofite zieht." (4) In dieses Bild passen aber auch die Gerüchte aus dem INFI, das Kapital der Metropolen sei inzwischen mehr als an Rohstoffen daran interessiert, in den U-Ländern Konsumgüterindustrien aufzubauen (entweder Tochtergesellschaften oder nationale), um neue Absatzmärkte für die Produktionsmittelindustrien und/oder neue Akkumulationsmöglichkeiten für Kapital zu schaffen.

Solche neue aufgabauten Konsumgüterindsutrien können entweder für den Export in die Metropolen produzieren (dann blieben sie für die U-Länder ebenso externe Investitionen wie die Investitionen in Erdöl etc. Das Volkseinkommen würde gerade um den Betrag der Investition steigen und sich auf ein Niveau einspielen, das nur um das Einkommen der zusätzlich Beschäftigten höher wird als früher) oder sie sollen für einen noch zu schaffenden Binnenmarkt produzieren. Der zweite Fall bedeutete für die U-Länder eine bescheidene Wirtschaftsblüte in Abhängigkeit von den Produktionsgüterindustrien der Metropolen.

Auf monopolistisch verengten Märkten - um solche handelt es sich in den U-Län-

dern - ist nach unseren bisherigen Informationen Wirtschaftswachstum auch bei verstärktem Einsatz der Mittel der Metropolen nur bei verstärkter Inflationierung möglich.

Um jedoch beurteilen zu können, auf welche Art die U-Länder in das inflationistische Weltwährungssystem einbezogen werden sollen und welche Rückwirkungen eine bewußte Politik des "leichten Geldes" im Weltmaßstab für die Metropolen haben kann - die beiden wichtigsten Fragen, denen wir uns in der nächsten Zeit zuwenden müssen - , würde uns das bisher nicht veröffentlichte Material aus dem INFI sicher sehr helfen.

Helmut Richter

(1) Paul A. Baran, Political Economy of Growth, New York 1957; deutsch Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums, Neuwied 1966.

(2) Unterschiede von Mehrprodukt, Mehrwert und volkswirtschaftlichem Überschuß: Mehrwert ist die typisch kapitalistische Form der Aneignung des Mehrprodukts. Überschuß deckt sich nicht ganz mit den beiden Marx'schen Begriffen, vor allem deswegen, weil sie viel präziser sind. Für die Situation in den U-Ländern lassen sie sich in dem behandelten Zusammenhang nicht so einfach verwenden. Überschuß soll hier einfach den Teil des Sozialprodukts bezeichnen, der nicht zur Reproduktion der Bevölkerung verwendet wird.

(3) Vergl; F.Fanon, Die Verdammten dieser Erde, inzwischen als Taschenbuch bei Rowohlt.

(4) Harry Magdoff, Das Zeitalter des Imperialismus, Verlag Neue Kritik 197o

Verlag Neue Kritik KG
6000 Frankfurt am Main 1
Wilhelm-Hauff-Strasse 5
Telefon (0611) 77 86 70

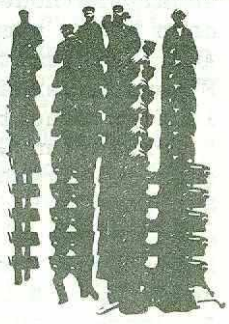
Postscheckkonto
Frankfurt am Main 1507 74
Dresdner Bank
Frankfurt am Main 282 680

Archiv sozialistischer
Literatur
Probleme sozialistischer
Politik

Wann wären die Deutschen nicht um Jahrhunderte zurückgewesen?
Michael Bakunin
(Deutsch-Französische Jahrbücher)

Was hat die deutsche Revolution vom November 1918 gebracht? Sie hat die bürgerliche Republik geschaffen. Sie hat durchgeführt, was 1848 erträumt, was 1792 in Frankreich in ungleich radikalerer Weise vollendet und was 1917 in Russland bereits überwunden war. Sie hat die Rückständigkeit von Jahrhunderten gegenüber dem Westen überbrückt, aber nur, um eine neue Mauer der Rückständigkeit gegenüber dem Osten aufzubauen.
Die deutsche Novemberrevolution hat von zwei Dutzend Köpfen die Kronen heruntergeschlagen. Sie hat die längst überlebte Herrschaft des Junkertums über den Staatsapparat beseitigt und die Bourgeoisie zum Alleinherrscher gemacht. Aber sie hat noch nicht einmal alles erfüllt, was das Bürgertum überall und stets erstrebte, wo und solange es revolutionär war.
Wie es geschehen konnte, dass der erste Ansturm der proletarischen Revolution in Deutschland zurückprallte, eine Reihe von schweren Niederlagen einleitete, sein vorläufig greifbares Ergebnis der Sieg der Konterrevolution und der Staat des Grosskapitals wurde, das soll in diesem Buch geschildert werden.

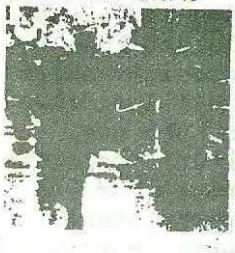
Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution



Fotomechanischer Nachdruck der Erstausgabe von 1929, Format 28,5 x 21 cm, 528 Seiten, Flexibler Einband im Schuber.
DM 50,00

für Genossen nur DM 40,-

Erhard Lucas
Frankfurt unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrats 1918/19



180 Seiten,
DM 18,00

für Genossen nur DM 15,-

In der letzten Zeit ist in zunehmendem Maasse das Modell der Rätedemokratie in den Vordergrund der Debatten in der sozialistischen Bewegung gerückt. Diese Debatten werden geführt an Hand der historischen Erfahrungen, die die Arbeiterbewegung mit den Räten gemacht hat. Aber noch immer sind in vielen Bereichen die historischen Zusammenhänge nicht so aufgedeckt, dass man Detailkenntnisse in aktuelle Strategiediskussionen umsetzen könnte.
Die vorliegende Studie untersucht einen einzigen Arbeiterrat von 1918/19 sehr genau. Der Frankfurter Arbeiterrat konnte sich durch einen glücklichen Umstand ein volles Jahr an der Spitze der Kommune halten: Frankfurt lag in der neutralen Zone rechts des Rheins, die die Waffenstillstandsverträge gezogen hatten, und Reichswehrminister Noske (SPD) konnte daher nicht ohne weiteres das unternehmen, was er anderswo im Reich in der Regel tat: die Liquidation eines radikalen Arbeiterrats mit militärischen Mitteln.
Ein Jahr lang einen Arbeiterrat funktionsfähig an der Spitze einer Kommune zu sehen – ein ausreichender Zeitraum für ein Urteil darüber, welche Möglichkeiten und Chancen in der deutschen Revolution das Rätemodell in sich barg und was ein einzelner Arbeiterrat selbst gegen die konterrevolutionäre Reichspolitik noch auszurichten vermochte.

Zum Genossenpreis in den bekannten Buchhandlungen in Berlin,Hamburg,Kiel, Frankfurt,Erlangen,Heidelberg,Freiburg,Tübingen,Hannover oder durch Überweisung unter Angabe des Verwendungszweckes auf unser Konto.(siehe Info 23)

GEWALT IM LIBERALEN RECHTSSTAAT

Es ist ein Problem des SDS, zu konreten gesellschaftlichen Konflikten meist nur noch unter taktischen Gesichtspunkten Stellung nehmen zu können. Die weitgehendst allgemeine Analyse des Parlamentarismus, die vom SDS geleistet wurde, konnte nicht herangezogen werden, um die Bundestagswahl 1969 richtig einzuschätzen. Von der milden Erklärung des SDS-BV, dass der ganze Wahlrummel Betrug sei, und der Wahlboykott das einzig Richtige, war nicht zu erwarten, dass sie eine politische Diskussion über die Wahl entfachen und den Genossen die Illusion rauben konnte, dass die SPD/ FDP doch immer noch das kleinere Übe 1, und darum zu wählen sei. Schlichte Resolutionen, denen keine Diskussionen der einzelnen arbeitenden Gruppen vorangegangen sind, haben nicht mehr Bedeutung als die Fest - stellung, dass jetzt unbedingt alles besser werden müsse. Die folgenden Ausführungen sind darum auch nur als die Zusammenfassung der Gespräche zu verstehen, die innerhalb der Frankfurter Projektgruppe Springer-Prozesse zum Thema Amnestie stattgefunden haben. 1. In der Diskussion über eine mögliche oder nötige Amnestie werden zwei Strategien der politischen Herrschaftsausübung in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung der BRD deutlich : Die konservativ-reaktionäre und die liberal-technokratische; (Anmerkung der Redaktion: wobei das Prädikat " liberal " hier nicht für eine inhaltliche Beschreibung dieser Gruppe steht, sondern Teile ihrer Propaganda, nämlich liberale Ideologie meint .)
Deren Auseinandersetzung ist zu sehen vor dem Hintergrund der Verstaatlichung sämtlicher gesellschaft - licher Beziehungen. Die liberale Trennung von Staat und Gesellschaft, die im 19. Jahrhundert den Kampf zwischen Bourgoisie und feudaler Klasse ausdrückte, also nicht nur Ideologie war, verschwindet nun nach der vollständigen Machtergreifung der Bourgeoisie auch schon langsam aus den herrschenden Staats- und Rechtsideologien. Die Trennung etwa zwischen öffentlichem und Privatrecht, die sie in den juristischen Lehrbüchern als grundlegende Rechtsweisheit niedergeschrieben ist, wird über Habermas und Wiethölter hinaus als den heutigen Anforderungen an das Recht nicht mehr entsprechend auch von denen erkannt, die nicht unbedingt die Reformspitze der Rechtswissenschaftler bilden.
Der Kampf der reaktionären mit der liberalen Fraktion ist eine Auseinandersetzung um verschiedene Herrschaftsmethoden, aber mit dem gleichen Ziel, nämlich der krisenlosen Aufrechterhaltung der bestehenden Eigentumsverhältnisse. Das vor - läufige Scheitern des Plans der " formierten Gesellschaft " zeigt, dass im Augenblick noch keine Synthese zwischen beiden Strategien herstellbar ist. Festzu - halten ist vorläufig, dass gerade aufgrund unserer eigenen Geschichte- 12 Jahre faschistischer Herrschaft, die durch Eingriffe von außen in bürgerlich-rechtsstaatliche Herr - schaft transformiert wurde - nicht geklärt ist, welche Fraktion die mächtigere ist und welche die langfristig wirksameren Mittel zur Sanierung kapitalistischer Krisenwirtschaft anzubieten hat.
2. Kennzeichen der reaktionären Fraktion ist, dass sie als Mittel der Unterdrückung die offene Gewalt für wirksamer als die verschleierte hält, dass sie Demokratisierung in Teilbereichen für gefährlich erachtet, da darin die mögliche Demokrati - sierung der gesamten Gesellschaftsverhältnisse antizipiert werde, was zwangsläufig zur Revolution und allgemeinen Bolschewisierung führen müsse. Das konservative Grunddogma

lautat nach Urs Jaeggi : Die Bildung von Oligrachien, also die Bildung entscheidungskräftiger und damit dominierender Minderheiten im Schoße der demokratischen Institutionen, ist " organisch" und unabwendbar. Die liberale Fraktion begreift Demokratisierungsprozesse als Integrationshilfe. Die faktische Ungleicheit der Beteiligten in politischen Entscheidungsprozessen wird als Pluralismus ausgegeben, der der verfassungsrechtlichen Grantie, dass allen Menschen die gleichen Rechte eingeräumt werden müßten, die beste Verwirklichung verspricht. Da die politischen Gewaltverhältnisse aber nicht so sind, da nur eine kleine Minderheit die Macht im Staate innehat, bedarf die bestehende Gewalt der Verschleierungsideologien, um ihrem eigenen Anspruch auf Gewaltlosigkeit nicht offen zu widersprechen.

3. Zwischen diesen beiden Fraktionen findet kein isolierter Machtkampf statt, d.h. in Bonn gab es keinen " Machtwechsel ", sondern ein Teil der politischen Verwaltung der BDR, die Bundesregierung, wurde von einer neuen Gruppe übernommen, innerhalb derer die liberale Fraktion die Mehrheit hat. Der Streit beider Fraktionen, die nicht genau personalisierbar sind, die also meist in allen politischen Institutionen auftreten, geht darum, wie am besten die Krisen des bestehenden Systems läsbar oder schon verhinderbar sind. Nicht der Grundwiderspruch von Kapital und Arbeit trennt beide Fraktionen sondern die Interessengegensätze zwischen den fortgeschrittensten Produktionsformen der Monopole und Oligopole und den rückständigen Kleinbetrieben, die den veralteten Verkehrsformen der frühen bürgerlichen Gesellschaft entstammen. Das wird an folgendem Beispiel deutlich : a) die liberale Fraktion (die hier nicht identisch mit der FDP ist) begreift die betriebliche Mitbestimmung als Mittel dafür, dass die Arbeitnehmer das Gefühl(!) der Gleichberechtigung bekommen sollen (so Prof.Flume in : Der Betrieb, 1967/S.294 ff!) Dieses Gefühl dient dazu, die objektive Ausbeutungssituation nicht in Klassenkämpfe unmschlagen zu lassen. Die reaktionäre Fraktion sieht in der Mitbestimmung die Gefahr eines Produktivitätsverlustes und eines ökonomischen Wachstums-Rückganges letzlich einen Angriff auf die bestehenden Herrschaftsverhältnisse. In der Mitbestimmung wird schon der Beginn des organisierten prole - tarischen Klassenkampfs gesehen.

b) Die liberale Fraktion bejaht die Forderung nach Drittelparität in Universitätsgremien und bemüht sich schon jezt um ihre Verwirk - lichung (Darmstadt,Mannheim) . Die Studenten sollen damit an der Hochschulverwaltung beteiligt werden, was einmal effektivere Administration verspricht (Jurastudenten sind zuweilen bessere Verwaltungsknechte als Professoren der Chemie oder Sinologie) und zum anderen die Hochschulrevolte integrieren mag zumindest aber große Teile der einst Revoltierenden in reformistische Kanäle lenkt (SHB , LSD und viele alte AStA-Funktionäre) . Die reaktionäre Fraktion befürchtet, dass die hierarchische Grundstruktur der Universitäten damit aufgegeben und den revoltierenden Studenten recht gegeben würde , was sie zu weiteren " Unruhen " veranlassen könnte. Die Aufgabe der natürlichen Unterschiede zwischen Lehrern und Lernenden (der eine weiss mehr als der andere) würde Forschung und Lehre erheblich beeinträchtigen.

c) Die liberale Fraktion befürwortet auch milde Polizeieinsätze bei Demonstrationen , die Konflikte möglichst umgehen sollen(so besonders in Mittelstädten wie Gießen, Darmstadt) . Bezeichnend ist auch das Bild eines bei Demonstranten eingehakten Polizisten, der verkehrstechnische Anweisungen gibt (Demonstration in Baden - Württemberg, Anfang November 69). Die Strategie der Provokation zur offenen Gewalt wird damit unterlaufen. Die reaktionäre Fraktion folgt dem RUf : Nachsetzen und draufhauen , damit die Strassen frei werden von politischem Kampf, der sich gegen die bestehende Ordnung richtet.

d) In Demonstrantenprozessen verfolgt die liberale Fraktion die Methode der Rückgewinnung der Abtrünningen , deren kollektiver Klassenverrat als noch nicht endgültig vollzogen erkannt wird, durch höfliche Prozessführung und

milde Urteile (so besonders in Frankfurt). Die reaktionäre Fraktion hält Abschreckung und Züchtigung für das bessere Mittel, die verlorenden Söhne und Töchter wiederzugewinnen. Terroristische Prozessführung und ein erschreckend hohes Strafmass sind Ausdruck davon (Hamburg, München).
4. In diesem zusammenhang muß auch die Amnestie diskutiert werden. Die möglichen Funktionen, die sie haben kann, sind von ihren Befürwortern schon ausgesprochen worden: a) Integration der Protestbewegung und Verhinderung neuer Aktionen . Die Amnestie " dient der neuen Regierung , der daran gelegen sein könnte, statt staatsfeindlicher Kritiker kritische Staatsbürger vor oder hinter sich zu haben " (Spiegel , 45/69, Seite 1o). " Wir suchen keine Bewunderer; wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken , mitentscheiden und mitverantworten . Das Selbstbewußtsein dieser Regierung wird sich als Toleranz zu erkennen geben. Sie wird daher auch jene Solidarität zu schätzen wissen, die sich in Kritik äußert." (Brand in seiner Regierungserklärung , 28.1o.1969). b) Auffüllen der " Führungslücke " (Klaus von Dohanyi , Staatssekretär im Wissenschaftsministerium) in der Verwaltung durch eine kritische, kampferprobten Intelligenz. Die " Gesellschaft (kann) sich eine begabte Jugend unter ideologischer Quarantäne auf die Dauer nicht leisten " (Spiegel a.a.o.). c) Das verletzte Rechtsbewußtsein der Studenten der Protestbewegung wieder zu reaktivieren. Die " Angeklagten (würden nach einer Amnestie) für demokratisches Engagement nicht nach Gesetzen bestraft..., die jenseits der Demokratie engagiert sind. " (Spiegel, a.a.o.) Justizminister Jahn forderte, " einen Strich unter die Vergangeheit" zu ziehen (am 31.1o. vor der Konferenz der Justizminister und -Senatoren der Länder). d) Das verunsicherte Ansehen der Justiz und damit des Staates wiederherzustellen. Innensenator Ruhnau (Hamburg) meint im SPD - " Vorwärts " zu den Demonstrationsprozessen : " Kein Wunder, dass die Rechtsunsicherheit jetzt groß ist " (6.11.1969). " Und eine Amnestie würde mancherlei schützen. Das Ansehen der Justiz vor den Urteilen der Gerichte , die Gerichte vor ihren Urteilen " (Spiegel ,a.a.o.) . Punkt d) zeigt die Möglichkeit eines Bündnisses beider Fraktionen an, denn " mit dem Untergang des Obrigkeitsstaates ist auch für dessen Justiz kein Raum mehr , wobei es bizarr - aber zugleich symptomatisch ist, dass ieser Untergang mit Demonstrationsprozessen eingeläutet wird" (Richter Rasehorn in : Kritische Justiz 69, 281). Wenn auch CDU-MdB Vogel am 3o.1o. im Bundestag noch erklärte: " Unsrr Rechtsstaat wird unglaubwürdig, wenn er in Einzelfällen davor zurückschreckt, seine eigenen Gesetze anzuwenden ", wird die Bereitschaft der Reaktionären für eine Amnestie von Rainer Barzel am 6.11. in der " Welt " schon nicht mehr ausgeschlossen-. Denn die Prozesse wenden sich gegen die Prozessführer selbst, sie beschleunigen die Abschaffung der reaktionären Juristen durch Vorantreiben technokratischer Justizreformen. Daraus kann ein Interesse auch der Reaktionäre an der Amnestie resultieren. Die Synthese in Form der Amnestie ist absehbar : Die Straf - rechtsänderung nimmt ihr Ergebnis vorweg, die Lanfriedensbrecher werden dem modernen Recht angepasst und amnestiert.
5. Die Bedeutung der in der Terminologie liberaler Befürworter einer Amnestie angegebenen Funktionen einer solchen für die Außerparlamentarische Bewegung lassen sich im wesentlichen wie folgt skizzieren : a) die Gewährung einer Amnestie liegt die Erkenntnis der relativen Ungefährlichkeit der Bewegung für das System zum gegenwärtigen Zeitpunkt zugrunde. Trotz relevanter außeruniversitärer Praxisbereiche (Schüler, Lehrlinge, Jungarbeiter) ist die Bewegung nach wie vor im wesentlichen eine Studentenbewegung. Eine Amnestie stellt sich somit als eine Privilegisierung der Abkömmlinge herrschender Schichten dar. b) Eine Amnestie soll über die erkannte Begrenztheit der Bewegung hinaus zu einer weitgehenden Isolierung radikaler Kritiker des Systems führen. c) Gleichzeitig soll die Gefahr einer erneuten Solidarisierung breiterer Massen ,

die in der gewaltsamen Unter - drückung durch reaktionäre Urteile liegt, aufgehoben und dem tendenziell bereits geleisteten Autoritätsschwund der Justiz Einhalt geboten werden. Über diesen für den Bereich der Amnestie angebaren Punkt ist jedoch auf dem Hintergrund der Auseinandersetzung zwischen konservativ-reaktionärer und liberal - technokratischer Reaktion und der allgeimeinnen Notwendigkeit für ein technokratisches System zu fragen.

6. a) Die hier in Frage stehenden Ideologien (Mitbestimmung, Drittelparität , Amnestie betreffend) haben nichts zu tun mit einer Renaissance der liberalen Theorie des 19.Jahrhunderts, die den Staat auf seine Ordnerfunktion beschränkte und den gesamten gesellschaftlichen , nichtstaatlichen Bereich der freien Auseinandersetzung der Interessen, die dann von selbst ein Optimum oekonomischer Leistungsfähigkeit und gesellschaftlicher Rationalität erreichen sollte. Der moderne technokratische Staat gründet wesentlich in der Aufhebung der Trennung von Gesellschaft und Staat und wird autoritäre Eingriffe in den Gesamtbereich der bisher gesellschaftlich verstandenen Spähre durchführen. Beispiele sind Wirtschafts- und Bildungsplanung. b) Der Funktionswandel einzelner staatlicher Institutionen, des Palaments und der Parteien vor allem und der Wandlung der Öffentlichkeit insgesamt bewirken, dass derartige Eingriffe ohne offenen demokratischen Legitimationsbruch wirkungsvoll durchgeführt werden können. Der Begriff des autoritären Staates erfasst damit nicht nur den offenen Faschismus, sondern gerade auch den " Sozial - staat " . c) die angeführten liberalen Ideologien haben somit die Aufgabe , den offenen Legitimationsbruch überflüssig zu machen . Sie gaukeln das Bild einer in freier Auseinandersetzung der beteiligten Interessen zusammengekommenen öffentlichen Meinung vor, die als Mehrheitswille die notwendigen Eingriffe legitimiert. Bestehende Konflikte werden immer schwerer sla solche erkennbar und die Beherrschten damit in zunehmendem Mass an das System, das sie unterdrückt , gebunden.

DIE
2. BROSCHÜRE ZUR SCHMIEDEL - PROZESS

zum Preis von DM 2.- bei

APO-PRESS HAMBURG, Annenstr. 32
Telefon 31 28 65

7. Die Notwendigkeit des verschleierten Gewaltstaates, Beweise seiner Liberalität zu liefern, z.B. in Form einer Amnestie, sollten wir skrupellos ausnutzen, um die Möglichkeiten politischen Handelns ohne Angst vor aus anderen Anlässen herrürenden Strafverfahren ausweiten zu können.
Auf keinen Fall dar aber die Illusion entstehen, dass jede politische Bewegung , die im Bewußtsein der Herr - schenden gefährlich zu werden verspricht, nicht doch wieder kriminalisiert wird. Wenn die Amnestie ihre Aufgabe nicht erfüllt, stehen immer noch genügend strafrechtliche Mittel zur Verfügung um wieder eine in Aktionen entstehnde Politisierung und Mobilisierung der Bewegung zu ahnden .
Das Laepple -Urteil des Bundesgerichtshofes macht eine uferlose Auslegung des Nötigungstatbestandes möglich, außerdem gibt es die Bestimmung über körperverletzung (Gefängnis bis zu 5 Jahren), Beleidigung und Sachbeschädigung. Das Cohn-Bendit-Urteil des OLG Frankfurt, das überraschenderweise das Urtel des Landgerichts aufhob(6 Monate mit Bewährung) , erklärt dennoch jede Gewaltanwendung für wider - rechtlich , und jede politische Aktion läßt sich juristisch als Gewalt definieren.
Die Amnestie dient dazu, die Protestbewegung endgültig zu liquidieren, wir sollten sie dazu benutzen, den bürgerl. Restbestand dieser Bewegung zu über - winden , um besser politisch arbeiten zu können.

Frankfurter Projektgruppe
Springerprozesse

EINIGE ANMERKUNGEN ZUR AMNESTIEFRAGE

In der Frage einer möglichen Amnestie stehen wir als Bewegung zum ersten Mal direkt und unmittelbar der Politik der neuen Regierung gegenüber: das zwingt uns in ganz besonderem Maße, diese Frage im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel zu prüfen. Es verbietet sich daher, die Amnestie isoliert und partikularisiert zu betrachten und, von ihr ausgehend, alle Erscheinungsformen der gegenwärtigen politischen Szene auf sie zu zentrieren. Das Ergebnis dieser Methode enthüllt sich in dem nichtssagenden Schlußsatz des vorstehenden Artikels:

> "Die Amnestie dient dazu, die Protestbewegung endgültig zu liquidieren; wir sollten sie dazu benutzen, den bürgerlichen Restbestand dieser Bewegung zu überwinden, um besser politisch arbeiten zu können."

Die Amnestie können wir überhaupt nicht benutzen. Die Amnestie allein ist für uns nur insoweit relevant, als durch sie die vereinzelten, isolierten, von der Bewegung weitgehend im Stich gelassenen Genossen in den Gefängnissen aus ihrer beschissenen Situation freigesetzt werden.

Wenn wir dagegen die Amnestie als Teil der Integrationspolitik der neuen Regierung betrachten, kann von einem "Benutzen" keine Rede sein. Um die Frage zu klären, inwieweit diese Integrationspolitik eine Amnestie notwendig umschließt und worin der Erfolg einer Amnestie liegen könnte, reicht es nicht aus, ein pluralistisches Nebeneinander von"liberal-technokratischen"und"konservativ-reaktionären" kräften zu konstatieren, die - unterschiedlos als konstituierende Fraktionen der "Herrschenden" begriffen - sich je nach Situation und Opportunität der Methoden des Draufhauens oder des Integrierens bedienen. Wir werden vielmehr Funktion und Möglichkeiten der SPD-FDP-Koalition genauer untersuchen müssen.

Die neue Regierung ist Ausdruck der gesamtgesellschaftlichen Notwendigkeit, Produktion, Zirkulation und Distribution ebenso wie das Bewußtsein der westdeutschen Bevölkerung den Erfordernissen der fortgeschrittensten Teile des westdeutschen Kapitals anzupassen - eine Aufgabe, der die CDU/CSU zur Zeit weder ihrem Organisationsstand noch ihrem Bewußtsein nach gerecht werden kann. Inwieweit die Erfüllung dieser objektiv gegebenen Funktion wenigstens von den fortgeschrittensten Teilen des westdeutschen Kapitals honoriert, d.h. zumindest nicht sabotiert wird, hängt sowohl vom Klassenbewußtsein des fortschrittlichen Kapitals ab als auch von der Fähigkeit der neuen Regierung, bei einer Mehrheit der Bevölkerung ein Bewußtsein von der Reformbedürftigkeit dieses Systems herzustellen, ein Bewußtsein, das sich gleichwohl jederzeit den Rahmen dieser Reformen von den materialen und ideologischen Erfordernissen monopolistischer Produktion aufzwingen läßt.

Der organisierte Ausdruck dieses Bewußtseins reicht von den Sozialausschüssen der CDU über Teile der Kirchen und die Gewerkschaften bis zu den Jungsozialisten. Insoweit Schichten der Bevölkerung und insbesondere der Jugend in den Protestaktionen ihre Bindung an den Staat und die in ihn integrierten, loyalitätsbindenden Institutionen und Organisationen in Frage stellten, sind sie der eigentliche Adressat der Integrationspolitik der neuen Regierung und einer eventuellen Amnestie. Diese Integrationspolitik wird im selben Maße Erfolg haben, in dem es uns nicht gelingt, die emotionale und temporäre Abwendung der mobilisierten Individuen von den staatstragenden Institutionen qua Organisation zu einer bewußten zu machen.

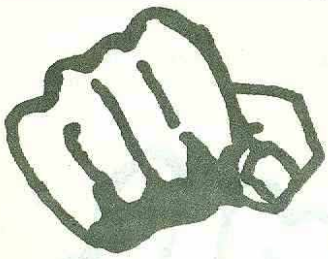
Hierzu wird jedoch die vorläufige Lösung der Organisationsfrage nur insoweit beitragen können, als sie einhergeht mit der theoretischen Klärung unserer Posi-

tionen. Das heißt: wir werden - gerade unter dem Aspekt einer künftigen eventuellen Bündnispolitik - sehr genau die Funktion "aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte" analysieren müssen, weil in eben dieser Funktion die Ambivalenz der Rolle der neuen Regierung begründet liegt. Auf eben diese Kräfte ist die neue Regierung angewiesen, wenn sie ihre objektive Funktion erfüllen will. Wir werden uns auf absehbare Zeit damit abfinden müssen, daß diese "demokratischen und fortschrittlichen Kräfte" - unterstützt und bestärkt von allen revisionistischen und opportunistisch taktierenden Gruppen der Linken von der DKP bis zur KPD/ML - die nützlichen Idioten der neuen Regierung abgeben werden. Wenn unsere organisatorischen Ansätze der Integrationspolitik der neuen Regierung standhalten sollen, werden wir die äußersten theoretischen Anstrengungen darauf verwenden müssen, in uns selbst jeden Anklang an eine Haltung zu überwinden, wie sie im folgenden Zitat zum Ausdruck kommt:

> "Eine Amnestie scheint uns hier im Sinne einer demokratischen Rechtsauffassung nicht nur legitim, sondern sogar geboten,
>
> 1) weil diejenigen, die in diesen Fällen angeklagt oder verurteilt sind, sich bei ihren Handlungen fast immer (Hervorhebung vom BV) von der Absicht leiten ließen, demokratische Verfassungsprinzipien gegen undemokratische Züge der Verfassungswirklichkeit zu realisieren.
> 2)..."

Unter dieser"Aufforderung an den 6. Deutschen Bundestag", eine Amnestie zu erlassen, stehen zwar auch die erlauchten Namen des Herrn Prof. Jürgen Habermas und des Herrn ehemaligen hessischen Kultusministers Ernst Schütte sowie einiger "linker" Gewerkschaftsbonzen; das darf jedoch nicht davon ablenken, daß ein großer Teil der anderen Unterzeichner als subjektiv ehrliche Sympathisanten der Bewegung anzusehen sind. Sie geben einem Bewußtsein Ausdruck, das auch in uns selbst - und seien wir noch so rigid e organisiert - fröhlich weit rwest und solange in uns sein Wesen weitertreiben wird, als es uns nicht gelingt, den eingeleiteten Prozeß der Theoriebildung und seine praktische Umsetzung organisiert weiterzutreiben.

BV



SDS-INFO erscheint alle 14 Tage montags.
SDS-INFO wird vom Bundesvorstand des SDS herausgegeben

SDS-INFO kostet im Einzelabonnement DM 1o.- für 3 Monate, DM 18.- für 6 Monate.
SDS-INFO kostet im Massenversand und Direktverkauf weiterhin DM 1.-

Hiermit bestelle ich das SDS-INFO ab Nummer

für 1/2 Jahr (18.-)

für ein Vierteljahr (1o.-)

Name

Adresse

SDS

Bestellungen an den BV: 6 Frankfurt, Wilhelm-Hauff-Str.5, 74 o1 o9
Postscheckkonto: Frankfurt 316 o7
Bankkonto: Dresdner Bank Ffm 282 427

tricontinental

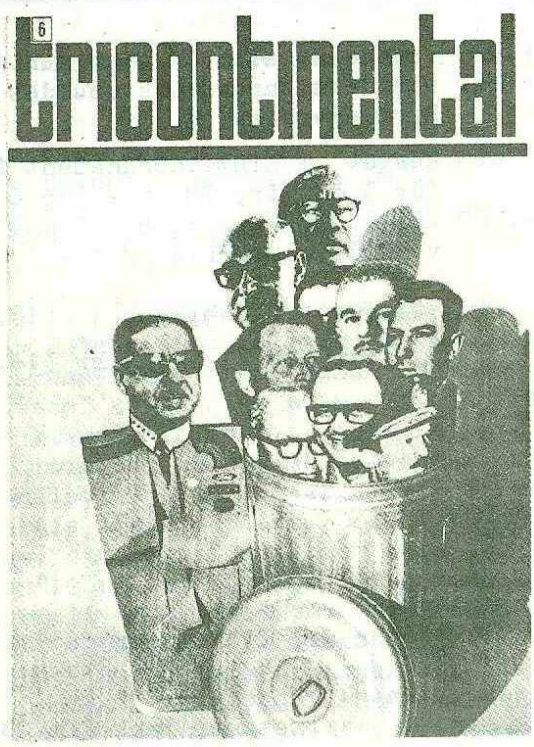
Auf dem Camp 1968 in Kuba wurde beschlossen, die TRICONTINENTAL in deutsch herauszugeben. Die dort anwesenden SDS Mitglieder Reiche, Rabehl und andere sagten damals dem Verlag zu, der SDS werde den Vertrieb der Zeitschrift unterstützen; erst bei einer Mindestauflage von 2500 Exemplaren wäre es möglich gewesen, ohne Defizit zu arbeiten.
Die Unterstützung blieb aus - die Kubaeuphorie verflog und die organisatorischen Vorbedingungen für eine effektive Unterstützung waren auch gar nicht gegeben.
Da wir uns auch an die aufwendige Originalaufmachung halten mußten, mußten wir unseren Versuch, das Projekt auf deutsch zu tragen, abbrechen.

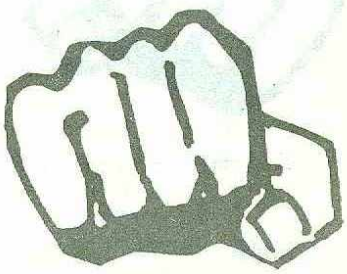
Wir werden jetzt die englische Ausgabe der TRICONTINENTAL in geringer Auflage vertreiben.

Angesichts der beginnenden ideologischen Differenzierung innerhalb der Linken und der damit auch verbundenen Versuche zur theoretischen Klärung der Probleme von Widerstandsbewegungen (vgl. die Diskussion um Al Fathah und FPDLP) wir es auch um den theoretisch-praktischen Ansatz der O.S.P.A.A.A.L. (Trikontinentale) Auseinandersetzungen geben. Eine Kenntnis der Analysen und Berichte aus der TRICONTINENTAL ist dafür Vorraussetzung.

DEN INTERNATIONALEN KLASSENKAMPF UNTERSTÜTZEN BEDEUTET ZUNÄCHST: SEINE PROBLEME UND ENTWICKLUNGEN STUDIEREN!!!

Tricontinental in englischer Sprache, erscheint 6-mal im Jahr
Preis für 6 Hefte: DM 21.- plus Porto ; Einzelheft: DM 4.- plus Porto





trikont
verlagskooperative

8 München 80
Josephsburgstraße 16

GERARD CHALIAND:

DIE PALESTINENSISCHE WIDERSTANDSBEWEGUNG IST EINE ENTSCHEIDENDE KRAFT GEWORDEN

Seit Jahresbeginn sind im Umkreis der palästinensischen Widerstandsbewegung eine Reihe neuer Elemente eingetreten. (1) Große Teile der palästinensischen Bevölkerung haben trotz der "liberalen" Besatzungsmethoden in Zisjordanien und in Gaza ihre Feindschaft gegen die israelischen Truppen mehrfach demonstriert. Die Widerstandsbewegung, und vor allem Al Fath, konnte mehrfach militärisch wirksam zuschlagen - selbst nach israelischen Quellen - und verschiedene, relativ groß angelegte Operationen durchführen. Die palästinensischen Kommandos konnten dank der Bemühungen von Al Fath, die nach wie vor das Rückgrat der Widerstandsbewegung ist, formell im Rahmen des Palästinensischen Oberkommandos für den bewaffneten Kampf koordiniert werden, dem die Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPLP) unter Georges Habbasch erst kürzlich beigetreten ist.

Einer der wesentlichen neuen Faktoren in dieser Periode war die Gründung und die rasche Entwicklung der (marxistischen) Demokratischen Volksfront zur Befreiung Palästinas (FPDLP), die als einzige revolutionäre Partei in dem Sinne angesehen werden kann, daß sie nicht ausschließlich nationalistisch ist. Die 6. palästinensische Nationalversammlung hat im übrigen der FPDLP die Gelegenheit geboten, ihre Thesen öffentlich bekannt zu machen und zur Diskussion zu stellen. Schließlich deutet die kürzlich von der VAR angedeutete Bereitschaft zu Verhandlungen darauf hin, daß in den sowjetisch-amerikanischen Gesprächen eine Ebene für die Diskussion zwischen den Staaten erarbeitet worden ist, um - und das betrifft vor allem Ägypten - das Problem der "Folgen der Aggression" zu regeln. Aber das eigentliche Palästina-Problem wird auf der Tagesordnung bleiben, denn man scheint den hebräischen Staat nicht verpflichten zu wollen, die UNO-Resolution von 1949 zu befolgen, die Israel auffordert, die Reintegration der Palästina-Flüchtlinge zu akzeptieren.

Die palästinensischen Widerstandsorganisationen sind außerordentlich zersplittert. Das Palästinensische Oberkommando für den bewaffneten Kampf wurde geschaffen, um bis zu einem gewissen Grad die acht Kommandoorganisationen, die es bilden, zu koordinieren, zu denen man noch die klassischen militärischen Einheiten rechnen kann, die in der Palästinensischen Befreiungsarmee PLA zusammengefaßt sind. Die PLA verfügt über etwa 2000 Mann in Jordanien, während ca. 5000 in der VAR und mehr als eine Million im Irak (2) stationiert sind.

Die Kommandoorganisationen sind: Al Assifa, der militärische Zweig der Nationalen Befreiungsbewegung für Palästina (Al Fath), die zweifellos allein über so viele Kämpfer verfügt wie alle anderen Organisationen zusammen (zwischen 5000 und 15000 Mann, je nach den Quellen). Im Gegensatz zu den anderen verfügt diese Organisation über schwere Waffen. Al Saika, der militärische Zweig der "Avantgarden des Volksbefreiungskrieges", folgt dem syrischen Baathismus; ihre militärische Bedeutung ist größer als ihr politischer Einfluß und ihr Hauptrekrutierungs- und ausbildungsfeld ist Sysrien. Nach der FPLP, die gerade dem Palästinensischen Oberkommando beigetreten ist und die durch eine Serie von Flugzeugentführungen bekanntgeworden ist, ist die FPDLP die viertstärkste der politischen palästinesnsischen Organisationen. Sie ist aus einer linken Abspaltung der FPLP hervorgegangen. Die "Volksbefreiungskräfte Palästinas" bestehen aus Komandos, die aus der PLA hervorgegangen sind, die ihrerseits von den arabischen Staaten zur Zeit Schukeiris geschaffen wurde. Die "Arabische Front zur Befreiung Palästinas" ist eine Organisation, die in diesem Jahr auf Veranlassung der irakischen Baath-Partei gebildet wurde. Zwei weitere Organisationen sind lediglich Grüppchen ohne große politische oder militärische Bedeutung: die "Ara-

bische Bewegung für die Befreiung Palästinas" unter Ahmed Zarour, die eine ältere Abspaltung von der FPLP ist und ebenso nasseristisch wie die "Front für den palästinensischen Volkskampf" unter Abu Garbiya.

Die einzige bewaffnete palästinensische Organisation, die nicht Mitglied des Palästinensischen Oberkommandos ist, ist heute die wenig bedeutende Gruppe von Ahmed Djibril. Sie ist Produkt einer weiteren Spaltung der FPLP und nennet sich FPLP-Hauptrichtung.

Die meisten dieser militärischen Organisationen haben eine Vertretung ihres politischen Zweigs in der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), deren 6. Kongreß (Palästinensische Nationalversammlung) Anfang September in

Kairo abgehalten wurde. Es handelt sich um Al Fath, die "Avantgarden des Volksbefreiungskriegs" (Saika) und die marxistische FPDLP als den politisch bedeutendsten, darüberhinaus um die "Volksbefreiungsarmee für Palästina", die "Volksbefreiungskräfte Palästinas", die "Front für den palästinensischen Volkskampf" und die "Arabische Bewegung für die Befreiung Palästinas" und schließlich die FPLP-Hauptrichtung. Die PLO umfaßt gegenwärtig weder die FPLP unter Georges Habbasch noch die "Arabische Front zur Befreiung Palästinas" (irakisch-baathistisch).

Die wichtigsten Organisationen

Wenn sich auch die Infrastruktur von Al Fath im Gesundheits- und Schulwesen seit Anfang des Jahres nicht fühlbar verbessert hat, kann man aber doch in den verschiedenen Flüchtlingslagern feststellen, daß sich ihre Beziehungen zur Masse der Flüchtlinge intensiviert haben. Zwar ist militärisch gesehen der Ehrgeiz von Al Fath, nach einer Operation für längere Zeit Gelände zu halten, ebenso unrealistisch wie die Perpsiektive, von Kommandounternehmen zu einem Bewegungskrieg überzugehen; dennoch sind zweifellos Erfolge zu verzeichnen, vor allem in der Fähigkeit, verschiedene Kommandotruppen zum Schlag auf ein bestimmtes Ziel zu koordinieren (die Aktionen "Al Hamma", "Grüner Gürtel", "Aschbal al Fath" etc.), von spektakulären Operationen, wie der Bombardierung des jüdischen Viertels von Jerusalem mit Raketen ganz zu schweigen. Sicherlich bleibt, rein militärisch, die Bedeutung dieser Operationen relativ begrenzt, sie zeigen aber eine Verbesserung und Stärkung der palästinensischen Seite an - zumal die israelischen Verteidigungslinien z.B. in Galilea nur sehr schwer zu überwinden sind. Daher spielen die Anstrengungen der palästinensischen Widerstandsbewegung um Operationen vom Südlibanon aus eine so große Rolle. Auf jeden Fall fängt der Kampf für die Widerstandsbewegung erst an und innerhalb von zwei Jahren scheint Al Fath es geschafft zu haben, vier bis fünftausend gut ausgebildete Fedayin zu stellen. Israelische Luftangriffe auf Basen der Organisationen waren manchmal erfolgreich, wie in Sokhni.

Trotz einiger revolutionärer Erklärungen ist Al Fath nach wie vor eine nationale Bewegung, deren rechter Flügel in den letzten Monaten stärker geworden zu sein scheint. Diese Richtung scheint mit viel Intelligenz von Khaled El Hassan repräsentiert zu werden, während eine Richtung, die man in Ermangelung eines besseren Namens als links bezeichnen kann, sich um Salah Khelef zu scharen scheint. Der Apparat der Bewegung soll in den Händen von Yasir Arafat - der eine Schiedsrichterrolle spielen soll -, Khaled El Hassan und Khalik Wesir zentralisiert sein. Die Führungsspitze aus sieben Mitgliedern würde dann vervollständigt durch Faruk Kaddumi, Kamal Oduan und Mamduh Saydem. Fast alle arabischen Staaten unterstützen weiterhin Al Fath; allerdings haben die Beziehungen zum Irak, der seine eigene palästinensische Organisation, die "Arabische Front zur Befreiung Palästinas", aufgebaut hat, sich im Laufe des Jahres verschlechtert.

Al Saika ist eine Organisation, die sich dank der syrischen Hilfe gleichmäßg und ohne Überraschungen entwickelt. Ihre Beziehungen zu den anderen palästinensikschen Widerstandsorganisationen sind gut. Wie Al Fath hat sie sich in den letzten Monaten bemüht, in Amman stärker zu werden, wo zahlreiche Fedayingruppen konzentriert sind. Unter der Verantwortung eines jordanischen Baathisten, Abu Mussa, sind die in Jordanien stationierten Kräfte von Al Saika militärisch aktiv. Politisch glauben sie mit dem "linken Flügel" von Al Fath übereinzustimmen. Abu Mussa zufolge ist Al Saika "arabistischer" als Al Fath, "denn die Palästinenser können nicht allein siegen". Außer ihrem Rekrutierungsfeld in den palästinensischen Flüchtlingslagern in Syrien verfügt Al

Saika über eine Basis in Amman, in Irbid und in den Lagern von Al Uahdad, Sisir und Al Hussein. Wie Al Fath, deren Fedayin 15 Dinar (3) monatlich erhalten, hat Al Saika keine großen finanziellen Probleme. Ihre Kämpfer bekommen zwischen 1o und 15 Dinar, je nach Familiensituation. Im August dieses Jahres hat der erste Kurs die politische Kaderschule - die in Syrien liegt - verlassen. Das Ziel von Al Saika ist die Bildung eines demokratischen Staates in Palästina, der einheitlich, arabisch und zwar in der Perspektive eines großen sozialistischen arabischen Staates im Orient sein soll.

Die FPLP, deren Führer Georges Habbasch ist, ist nach Al Fath die älteste der palästinensischen Widerstandsorganisationen. Nach der Schwächung durch drei Spaltungen, aus deren wichtigster die marxsitische FPDLP im Februar 1969ment-standen ist, hat die FPLP durch spektakuläre, aber von den anderen palästinensischen Organisationen mißbilligte Aktionen (4) von sich reden gemacht, wie den Flugzeugentführungen und Attentaten von Algier, Athen, Zürich und Damaskus, die den Zweck hatten, der Organisation ein Prestige zu verleihen, zu dem ihre eigenen Kräfte nicht reichten. Der Ideologe der FPLP ist Abdallah Hamud: die Front ist Teil der "Arabischen Nationalistischen Bewegung", die historisch immer rechts vom syrischen Baathismus stand. Immerhin, seit Ende 1968 hat sich das Vokabular der Organisation radikalisiert und G orges Habbasch nennt sich selbst einen "asiatischen Marxisten-Leninisten". Das theoretische Organ der FPLP, Al Hadaf ("Das Ziel") wird in den meisten arabischen Staaten - einschließlich Saudi-Arabiens - verkauft. Die Lage von Al Hurriya (2Die Freiheit"), dem marxistischen Organ der FPDLP, ist gerade umgekehrt: es ist nur im Libanon, im Sudan und in Südjemen legal. Darüberhinaus ist eine Annäherung der FPLP und palästinensischen Geschäftsleuten zu verzeichnen, die früher Al Fath verbunden waren, wie etwa Shuman und Katani. Besonders gut sind die Beziehungen zwischen der FPLP und dem Irak, der sie ganz wesentlich unterstützt (vielleicht um ein Gegengewicht zur mit Syrien verbundenen Al Saika zu schaffen) und, so heißt es, mit den ägyptischen Geheimdiensten (denen es vielleicht darum geht, Al Fath nicht einen allzu großen Platz in der palästinensischen Befreiungsbewegung zu lassen). Der militärische Führer der FPLP ist Heyran Ayubi. Dank der Zellen der "Arabischen Nationalistischen Bewegung", die vor der Niederlage vom Juni 1967 bestanden, konnte die FPLP eine gewisse Anzahl von Operationen in den besetzten Gebieten durchführen (5). Es muß aber festgestellt werden, daß sowohl Al [illegible] als auch die FPLP sehr viele Aktionen in diesem Jahr für sich verbucht haben. Weil sie beanspruchte, weit mehr zu repräsentieren als ihre wirklichen Kräfte - ungefähr tausend Kämpfer und eine politische Organisation zwischen zwei- und dreitausend insgesamt) - weigerte sich die FPLP bis zum Oktober dieses Jahres, in den Koordinationsgremien der palästinensischen Widerstandsbewegung mitzuarbeiten.

Die 6. palästinensische Nationalversammlung (6)

Die 6. palästinensische Nationalversammlung, die vom 1. bis 6. September 1969 in Kairo abgehalten wurde, macht es möglich, den Standort und die jweilige Bedeutung abzuschätzen, die sich die verschiedenen Organisationen der palästinensischen Widerstandsbewegung selbst zugestehen. Darüber hinaus kann versucht werden, mit Hilfe der Elemente, die aus den Debatten bekannt geworden sind, genauer den politischen Kontext der Widestandsbewegung zu bestimmen.

Bei einer Gesamtzahl von 112 Delegierten, von denen 1o5 anwesend waren, verfügte Al Fath über 33 Sitze, Al Saika über 12, die marxistische FPDLP über 8. Die FPLP, der bei offiziösen Verhandlungen 12 Sitze angeboten worden waren, weigerte sich, an der Konferenz teilzunehmen. Die Gewerkschaften hatten 5 Sitze, die Studenten 3, die FPLP-Hauptrichtung unter Ahmed Djibril 3 Sitze. Die Frauenorganisation hatte 2 Sitze, die "Arabische Bewegung für die Befreiung Palästinas" (Ahmed Zarour) einen Sitz, die Schriftstellervereinigung einen Sitz. Die übrigen Sätze kamen an "Unabhängige", im wesentlichen Honoratioren und einflußreiche palästinensische Bourgeois, die zum größten Teil seit der Zeit Schukreiris der Nationalversammlung angehören. Einige stehen dieser oder jener Organisation mehr oder weniger nahe, was es ermöglichte, daß Al Faht nicht nur 33 Sitze, sondern ungefähr 48, Al Saika nicht nur 12, sondern 2o Stimmen hatte. Die FDPLP ihrerseits erreichte 1o Stimmen. Eigentlich "unabhängig" waren 2o Delegierte, die die konservativsten Elemente der palästinensischen Gesellschaft repräsentierten.

Die Konferenz konnte eine Reihe von praktischen Punkten regeln: Im Prinzip wurde bestimmt, daß alle Einheiten der Palästinensischen Befreiungsarmee PLA, die in der VAR stationiert sind, nach Jordanien überführt werden sollen, um dort zu kämpfen; beschlossen wurde, daß die Kommandoeinheiten aller Organisationen zahlenmäßig vergrößert werden, daß die Befehlsgewalt der Kommandanten der kämpfenden Einheiten gesteigert wird, daß ein Revolutionsgericht eingerichtet wird.. Die Versammlung hat ihre Ablehnung der Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 22.11.1967 erneut bekräftigt. Während der Debatten wurden bei mehreren Themen die Gegensätze zwischen den Thesen der revolutionären Minderheit und den konservativen Elementen deutlich. Die wichtigsten seien hier genannt:

Die Weigerung der Konservativen, über die hohen Gehälter zu diskutieren, die den Verwaltungsspitzen der PLO sowie den hohen militärischen Kadern gezahlt werden (8o bis 16o Dinar); die Weigerung, in einer Resolution die palästinensischen Reaktionäre zu verurteilen, dh. diejenigen, die aktiv die jordanische Regierung unterstützen und diejenigen, die in den besetzten Gebieten mit der israelischen Verwaltung zusammenarbeiten; die Weigerung, die konservativsten arabischen Regimes zu verurteilen. Stattdessen hat die Versammlung den Grundsatz akzeptiert, nach dem keine Kraft, die die Unabhängigkeit der Widerstandsbewegung gefährden könnte, geduldet werden soll.

Während selbst der Begriff "reaktionär" von der Mehrheit der Versammlung abgelehnt wurde, gestattete eine Debatte über die Haltung gegenüber der UdSSR Elementen, deren rechte Sympathien bekannt sind, global antikommunistische Positionen zu vertreten. Der zentrale Punkt der Bemühungen war der Begriff "demokratischer Staat", den die palästinensische Widerstandsbewegung als Lösung des Konflikts mit Israel anpreist. Die FPDLP war die einzige Organisation, die an der These von einem palästinensischen Staat festhielt, in dem die Juden nationale Rechte erhalten, während die Mehrheit des Kongresses für einen arabischen Staat stimmte, in dem die jüdische Bevölkerung lediglich religiöse und kulturelle Rechte genießen würde. Es scheint sogar so zu sein, daß für zahlreiche Kongreßteilnehmer die Perspektive eines demokratischen Staates weit mehr ein taktischer Slogan, um die Sympathien der Weltöffentlichkeit zu gewinnen, als ein strategisches Ziel ist. Dieser Punkt wird in künftigen Debatten eine zentrale Rolle spielen.

Die FPDLP, eine Partei neuen Typs

Die im Februar 1969 gegründete Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas ist aus einer Spaltung der FPLP hervorgegangen. Ihr Generalsekretär ist Nayef Hawathmeh. Nach dem Bruch verschlechterten sich die Beziehungen zur FPLP außerordentlich und mehrere Mitglieder der FPDLP wurden physisch liquidiert. Al Fath intervenierte damals, um eine weitere Verschlechterung der Lage der palästinensischen Widerstandsbewegung in Jordanien zu verhindern. Ab März tritt die FPDLP dem militärischen Koordinationsrat (dem späteren Palästinensischen Oberkommando) bei und unternimmt eine Reihe von militärischen Organisationen, um sich bei den anderen Organisationen und vor allem bei den Massen durchzusetzen, die empfänglich für das sind, was Nayef Hawatmeh "die Kultur des Kommuniqés" nennt.

Seit August, nachdem ihre Lage nicht mehr so unsicher ist, hat die FPDLP begonnen, die Grundlage für ihre Organisationsarbeit, die beschleunigte Ausbildung von Kadern und die Massenpropaganda, auszubauen. Das erste Einflußgebiet lag im Norden, in der Region von Irbid, dann konnte die Organisation sich nach und nach in zahlreichen Lagern verankern: in Al Baqua, Al Hussein, Suf, Al Uahdad.

Die Führung der Partei besteht aus Intellektuellen und Studenten, die mittleren Kader sind Halbintellektuelle, die aus sehr bescheidenen Milieus stammen, die Basis kommt in ihrer überwältigenden Mehrheit aus den Flüchtlingslagern. Nach ihrer Gründung haben sich der Demokratischen Volksfront kleine marxistische Gruppen angeschlossen, wie die "Volksorganisation", die aus ehemaligen Mitgliedern der KP Jordaniens besteht, und der "Bund der revolutionären palästinensischen Linken". Außerdem gibt es in der Demokratischen Volksfront Mitglieder der KP des Irak (Hauptrichtung), die Nach einer Übereinkunft mit der Demokratischen Volksfront eine Reihe ihrer Mitglieder unter deren Führung gestellt hat.

Die Demokratische Volksfront ist mit Abstand die einzige Organisation, die ihren Mitgliedern eine fundierte politische Ausbildung gibt. Ich habe das feststellen können, als ich einige Tage in Basen in Nordjordanien verbrachte. In der Nähe vofn Jarash erhielten sechzig kzukünftige Fedayin ihre militärische Ausbildung. Es war die siebte Gruppe in der Demokratischen Volksfront. Das pädagogische Niveau der politischen Schulung war bemerkenswert wegen seiner Klarheit, dem Bemühen, in den Erklärungen an bekannte Tatsachen anzuknüpfen und wegen der verwendeten Bilder.

In anderen, seit Monaten eingerichteten Basen ist das politische Niveau hoch und hat den Vorteil, nicht abstrakt zu sein. Jede der ungefähr 25 Mann satarken Basen, in denen täglich Stunden für politische Diskussionen und für die Lektüre festgesetzt sind, bilden 2 Kontaktgruppen, die die Verbindungsarbeit mit den Flüchtlingslagern und palästinensischen wie auch jordanischen Dörfern leisten. Zunächst versucht eine Gruppe die Lebensbedingungen eines Dorfes kennen zu lernen. Nach einigen Kontakten, um freundliche Beziehungen herzustellen, beginnt sie zu diesem Zweck, den Bauern bei der Ernte zu helfen oder bei anderen kollektiven Arbeiten. Diese Kontakte ermöglichen es der Gruppe, die lokalen Probleme besser kennen zu lernen, sich sprachlich besser auf die Dorfbewohner einzustellen, kdie Demokratische Volksfront bekannt zu machen und nebenbei ihre Ideen zu verbreiten. Diese sind, im Gegensatz zu denen aller anderen Organisationen, am nationalen Problem und am Klassenkampf ausgerichtet. In der Propaganda der Demokratischen Volksfront geht es nicht nur darum, den palästinensischen Boden zu befreien, sondern ebenso das Volk von der Unterdrückung durch die "Reichen", die seine Sache verraten haben, die sich den Ertrgg seiner Arbeit aneignen oder es mittels des Staates unterdrücken.

Jedes Mal ist die Linie der Organisation vermittelt mit den besonderen Problemen des Dorfes, deren vorherigen Kenntnis ist also notwendig. Daher versuchen die Kontaktgruppen eine besonders intensive Arbeit zu leisten. In weniger als 5 Monaten konnte die Demokratische Volksfront, wenn auch in verschiedenem, schwer einschätzbaren Ausmaß, sich in 1o % der nordjordanischen Dörfer eine Basis verschaffen. Die 4 Dorfversammlungen, denen ich beigewohnt habe, scheinen mir ein Beweis dafür zu sein. In jedem Dorf, in dem die Front arbeitet, werden, oft aus Jordaniern bestehende, Dorfzellen und Volksmilizen gebildet. (7) Deren Aufgabe ist es, die politischen Ideen der Demokratischen Volksfront zu verbreiten. Versuche, die armen Bauern auf gemeinsam wirtschafteten Feldern zusammenarbeiten zu lassen bei gleicher Teilung des Ertrags, haben unter der Kontrolle der Partei begonnen.

Die Bauern verhalten sich diesem Eindringen gegenüber nicht feindlich, weil das moralische Prestige der Fedayin groß ist. Aber es gibt zahlreiche Schwierigkeiten - zunächst wegen der Unerfahrenheit der Kontaktgruppen, dann wegen der Furcht vor dem Staat - und genauer der Polizei - der Bauern und dem daraus resultierenden Mißtrauen und wegen der Passivität vor allem der älteren Bauern.

In den Flüchtlingslagern bemüht sich die Demokratische Volksfront, wo immer das möglich ist, die Lebensbedingungen der Flüchtlinge zu verbessern. Frauengruppen bringen den Frauen und Mädchen Nähen, Lesen und schreiben bei. Es wird versucht, die dynamischsten Elemente, die oft auch die jüngsten sind, für die Bildung einer politischen Organisation im Lager zu rekrutieren. Am einfachsten ist diese Mobilisierungsarbeit in den Flüchtlingslagern, die nach dem Exodus von 1967 entstanden sind, und wo der Schock der Niederlage noch lebendig ist und die Lebensbedingungen besonders hart sind.

Dennoch sind die Schwierigkeiten für die Demokratische Volksfront sowohl hinsichtlich der Finanzen als auch der Bewaffnung sehr groß, da sie ganz auf sich gestellt ist. Außerdem fehlt es der Organisation an Kadern, trotz der Bildung einer Kaderschule in diesem Sommer. Ihre Verstärkung auf diesem Gebiet hängt von der Hilfe durch linke Elemente der arabischen Intelligenz ab, die dadurch charakterisiert wird, daß sie Hamra, Greenwich und Saint-Germain den Bergen vorzieht. In dieser Hinsicht bricht die Demokratische Volksfront mit ihrer militanten Aktionsweise mit der Tradition aller anderen fortschrittlichen oder "revolutionären" arabischen Gruppierungen. Vielleicht steht sie auch für einen Generationswechsel gegenüber den kleinbürgerlichen arabischen Organisationen des letzten Jahrzehnts, für die die Geschichte immer eine Verschwörung blieb, in der das Feilschen die Strategie ersetzte.

Das langfristige Ziel der FPDLP ist, dazu beizutragen, die sozialen und politischen Beziehungen im arabischen Orient radikal zu verändern. Im Augenblick ist natürlich ihr Hauptproblem, zu überleben und stärker zu werden. Aber durch ihre bloße Existenz stellt die Demokratische Volksfront ein Moment arabischer politischer Geschichte dar, in Bezug auf das sich die arabische Intelligenz früher oder später wird definieren müssen.

Wenn es jetzt den Anschein hat, als würde im nächsten Jahr eine Regelung zwischen Israel und der VAR, die für Israel immer noch die Hauptfront darstellt, zustandekommen, so kann jetzt schon gesagt werden, daß das nationale Problem Palästinas nicht mit Vorschlägen gelöst werden kann, die das Resultat von sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen sind, und die zur Zeit nicht die mögliche Schaffung eines neuen Staates ins Auge fassen. Welche Regelungen zwischen Staaten auch immer auftauchen mögen, eines ist so gut wie sicher; die palästinensische Widerstandsbewegung wird keine andere Wahl haben, als den Kampf fortzusetzen.

(1) Vgl. den Artikel von Chalian in "Le Monde Diplomatique", März 1969, herausgegeben vom SDS-BV unter dem Titel: "Der palästinensische Widerstand zwischen Israel und den arabischen Staaten". (Leider vergriffen-BV)

(2) Diese Angabe muß auf einem Fehler beruhen. Es ist kaum wahrscheinlich, daß im Irak wesentlich mehr palästinensische Truppen stationiert sind a als in der VAR, geschweige denn eine Million. Der Übersetzer.

(3) Der Mindestlohn in Jordanien beträgt 12 Dinar, aber die Arbeitslosigkeit ist groß. Ein jordanischer Dinar entspricht einem englischen Pfund.

(4) Vgl. das Interview mit Nayef Hawatmeh in "Al-Djabha", Nr.2 (D.Übers.)

(5) Die Fedayin der FPLP erhalten 7 bis 12 Dinar pro Monat.

(6) Zur Einschätzung der Nationalversammlung vgl. "Al-Djabha" Nr.2 (D.Übers.)

(7) Heute sind in Jordanien 6o % der Bevölkerung Palästinenser und 4o % (Ost-)Jordanier.

(AUS: "Le Monde Diplomatique", Nov. 69; übersetzt von Jochen Noth)

ROTES FORUM vormals forum akademicum
Heidelberger Studentenzeitschrift

Hiermit bestelle ich das "ROTE FORUM" für einhalbes/ für ein Jahr ab WS 1969/7o.

Name

Adresse

Das "Rote Forum" kostet DM o.5o. Es erscheint sechs Mal im Jahr, drei Mal im Winter-, drei Mal im Sommersemester. Das Halbjahresabonnement kostet DM 1.5o plus Porto. Herausgeber: AStA Heidelberg

ROTES FORUM
69 Heidelberg
Schiffgasse 4
c/o Jörg Burckhard

ERKLÄRUNG ZUM BOMBENATTENTAT AUF DAS JÜDISCHE GEMEINDEHAUS IN BERLIN

Die Koloniaation Palästinas war zu Beginn kein Produkt des Zionismus, sondern des französischen und später des britischen Imperialismus. In der Anfangsphase ging die Auseinandersetzung um die "jüdische Arbeit", d.h. um die Frage, ob arabische Arbeiter ausgebeutet werden oder jüdische Siegreich in dieser Auseinandersetzung war der Zionismus, der die Vorherrschaft der "jüdischen Arbeit" gegen die Ausbeuter arabischer Arbeitskraft - und damit die Grundlage für die Vertreibung der Araber - mit Terror durchsetzte. Der Zionismus sah die mögliche Aufhebung des Antisemitismus nicht in revolutionären Prozessen in jenen Ländern, in denen Juden lebten, sondern in der Schaffung eines starken zionistischen Staates nach dem Muster der europäischen bürgerlichen Demokratie.

Ausgangspunkt war die Akzeptierung des Rassismus als unveränderlicher Teil einer fiktiven menschlichen Natur, die Konsequenz die nationalistische Verbiegung des Problems zur postulierten Notwendigkeit einer Heimstatt aller Juden, zum rassistischen zionistischen Staat. Die endgültige Etablierung dieses Staates konnte allerdings erst auf dem Hintergrund der Erfahrung des Faschismus (der Erhöhung der Zahl der Einwanderer und der politischen Scheinlegitimierung eines Judenstaates) erfolgen.

Der Kapitalismus und Imperialismus durchziehende Rassismus, der hier seinen Ausdruck in der ideologischen Rechtfertigung der Ausbeutung als Entwicklungshilfe und in der Heranziehung von Arbeitern aus der europäischen Peripherie als depraviertesten Teil des Proletariats findet, ist in anderer Weise Grundpfeiler des zionistischen Staates. Dieser nämlich lebt von dem Schein, daß jeder Angriff auf diesen Staat identisch sei mit Antisemitismus und so eine Fortsetzung der Verfolgung, die die Juden aus den verschiedensten Gründen in den Ländern erfuhren, aus denen sie flohen. Dieser Kurzschluß ist nur möglich, weil Israel selber ein rassistischer Staat ist, und er scheint richtig, solange keine relevanten Gruppen in Israel selbst ihren Rassismus überwinden. Die spezifische Schwierigkeit der palästinensischen Revolution liegt in der Tatsache, daß der Rassismus integrierender Teil eines Staates mit einer sehr viel weiter entwickelten sozialen Struktur als die Strukturen der umliegenden Länder ist und daß dadurch die materiellen Vermittlungsebenen der palästinensischen und arabischen Emanzipationsinteressen zu den Interessen der Klassen in Israel im gegenwärtigen Entwicklungsstadium nicht angebbar sind. Zwar sagt Abu Iyad, Mitglied des ZK der Al-Fatah: "Wenn wir als Ziel unseres Kampfes das Zusammenleben von Jeden und Palästinensern in einem fortschrittlichen Palästina - nach der Zerschlagung des Zionismus - erklären, dann bedeutet das, daß wir auf der Seite eines jeden verfolgten und unterdrückten Juden stehen, daß wir bereit sind, ihm ein Gewehr in die Hand zu geben und gemeinsam mit ihm zu kämpfen." Außer auf der intellektuellen Ebene, die den Zionismus als Rassismus und als Ideologie durchschauen kann, ist die Interessenidentität von Teilen der israelischen Bevölkerung und den palästinensischen Revolutionären jedoch noch nicht bestimmt und dementsprechend sind bislang fast ausschließlich Intellektuelle in der Lage, antizionistische Positionen innerhalb Israels zu vertreten.

Die Juden in der Diaspora können Terroraktionen wie jene gegen das Gemeindehaus in Berlin nur begreifen auf dem Hintergrund ihrer Verfolgung und Vernichtung als Juden. Gewiß sind die jüdischen Gemeinden auch Zentren der Finanzierung des jüdischen Staates, für den ein immenser Kapitalfluß notwendig ist. Dennoch ist die Identifizierung jüdischer Institutionen mit zionistischen Basen selber eine rassistische, die den rassistischen Staat stärkt und nicht schwächt. Diese Identifikation wird be-

wußt von den Propagandisten des Zionismus aufgebaut, nicht nur um jede Kritik am Staate Israel als antisemitisch denunzieren zu können, sondern auch um die durch die Barbarei des Faschismus erzeugten Schuldgefühle, die in der BRD in einen positiven Rassismus in Gestalt des Philosoemitismus umgeschlagen sind, in eine emotionale pro-israelische Stimmung umzukehren. Wer diesen Zusammenhang nicht durch Aktionen und Aufklärung durchbricht, fällt der paälstinensischen Revolution in den Rücken, die den kleinbürgerlichen Rassismus eines Shukeiry längst liquidiert hat. Solche Aktionen liegen im Interesse der Konterrevolution, da sie der zionistischen Projektion des eigenen Rassismus auf die palästinensische Widerstandsbewegung und damit auch auf uns, die mit dieser Bewegung solidarisch sind, Vorschub leisten. In der derzeitigen Phase kommt es in der BRD auf Aktionen bei konkreten zionistischen Propagandaveranstaltungen und auf ein Aufbrechen der Scheinidentifikation von physischer Existenz der Juden mit der Existenz eines zionistischen Staates an.

Das Bombenattentat, die Parolen an Mahnmalen der Opfer des Faschismus und deren Begründung stellen objektiv eine Provokation dar. Innerhylb der Bewegung müssen wir solche Aktionen bekämpfen, wenn bei uns der Internationalismus nicht in einem geschichtslosen Moralismus enden soll. Die notwendige Kritik falscher Ansichten innerhalb der Bewegung und daraus folgender Aktionen, die wir nicht billigen, ist keine Rechtfertigung vor der bürgerlichen Presse, die aus Meinungsverschiedenheiten Kapital für ihre antisozialistischen Diffamierungskampagnen schlagen will. Wenn diese Aktion zu einem Gegenstand der Klassenjustiz werden sollte, dann müssen wir verdeutlichen, daß politische Fehler, auch wenn sie der Bewegung schweren Schaden zufügen, nichts an unserer prinzipiellen Solidarität gegenüber der Klassenjustiz zu verändern vermögen.

Palästina-Komitee
Frankfurt

Burkhard Bluem
Detlev Claussen
Daniel Cohn-Bendit
Ronny Loewy
Heiner Roetz

(aus: SC-INFO/
Sozialistische Correspondenz
6 Frankfurt 1
Postfach 2441)

I D E F I X - P R E S S verschickt Bücher und Papers nur per Nachnahme oder gegen Vorauszahlung auf das Konto der Stadtsparkasse Erlangen, Nr. 37860, R.Kurz. Bitte schreibt uns, falls Ihr Adressen von Politläden in Eurer Nähe kennt; unsere Adressenkartei ist noch unvollständig.

IDEFIX

N.OSINSKIJ, Texte zur Linksopposition
54 Seiten, DM 1.80

Otto RÜHLE, Das verwahrloste Kind (1926)
40 Seiten, DM 1.60

Otto RÜHLE, Das proletarische Kind (1922)
380 Seiten, DM 5.-

F. KANITZ, Kämpfer der Zukunft - Eine systematische Darstellung der sozialistischen Erziehungsgrundsätze (1929)
100 Seiten, DM 2.-

S.BERNFELD, Vom Gesellschaftsleben der Jugend (1922)
280 Seiten, DM 4.50

PRESS

S.BERNFELD, Trieb und Tradition im Jugendalter
200 Seiten, DM 4.-

F.HUISKEN, Lehrerbildung im Spätkapitalismus,
34 Seiten, DM 1.50

E. KLETT, Zur konkreten Analyse der arabischen Revolution
30 Seiten, DM 1.50

VIETNAM-MORATORIUM
20 Seiten, DM 0.50

RECHTSHILFE-PAPER (I)
28 Seiten, DM 0.70

Bestellungen an Robert Kurz, 85 Nürnberg, Bauvereinstraße 22. Wir werden Anfang 1970 einen neuen, ausführlichen Katalog herausbringen. Dieses Angebot gilt also bis Februar 1970.

SCHAFFT DIE 10 MILLIONEN

EINLADUNG ZUR CUBANISCHEN ZUCKERROHRKAMPAGNE

Im Augenblick sind einige Hundert amerikanische Genossen unterwegs nach Kuba. Eine gleich große Anzahl folgt im Januar.

Die kubanischen Genossen planen nicht erneut ein isoliertes Lager von Europäern, wie es im Sommer 1968 stattfand, sondern geben den Genossen die Möglichkeit, für 6 Monate in verschiedenen Arbeitsbrigaden zu arbeiten. Die Vereinbarung wurde nicht nur aus propagandistischen Gründen getroffen, sondern dient auch der faktischen Unterstützung der kubanischen Revolution, die in der Zeit der Zuckerernte einen Arbeitskräftemangel verzeichnet, der sie wahrscheinlich zwingen wird, einen Teil der Fabriken zeitweilig stillzulegen. Für die Genossen soll die Arbeit in den Zuckerrohrfeldern eine Möglichkeit sein, die Ernsthaftigkeit ihres Engagements zu beweisen.

Dem SDS wurde angeboten, im Januar 197o eine Gruppe von bis zu 15 Genossen für 6 Monate nach Kuba zu schicken. Sie sollen dort in verschiedenen Arbeitsbrigaden an der Zuckerernte teilnehmen. Wir fordern die Gruppen auf, den Vorschlag zu diskutieren und uns gegebenenfalls die Namen von interessierten und von den Gruppen bestimmten Genossen mitzuteilen.

Es geht uns bei dieser Reise nicht darum, erneut einen revolutionären Urlaub in Kuba zu organisieren, und auch nicht darum, den Masochismus europäischer Intellektueller zu befriedigen, die die Arbeiterklasse entdeckt haben und es nicht verwinden können, ihr nicht anzugehören. Vielmehr sollen politisch bewußte und von den Gruppen bestimmte Genossen für 6 Monate in Kuba Erfahrungen sammeln, die sich nicht aufs Zuckerrohrschneiden beschränken. Die intensive Teilnahme am Produktionsprozeß dient auch dazu, das Vertrauen der Kubaner zu erwerben und sie zu überzeugen, daß die Genossen nicht bloß als Touristen kommen, sowie einen Einstieg zu finden mit politischen Kadern und mit den Bevölkerungsteilen, die nicht in der Partei organisiert sind. Zudem sind Verbindungen anzuknüpfen mit Vertretern der verschiedenen revolutionären Organisationen, die sich in Kuba aufhalten, sowie über weitere Zusammenarbeit zu diskutieren, ohne unrealistische Versprechungen zu machen. Diese Diskussionen müssen unmittelbar der politischen Ausbildung der beteiligten SDS-Genossen dienen.

Ein Teil der Vereinbarungen muß wahrscheinlich in Kuba selbst getroffen werden. Wir verhandeln im Moment noch mit kubanischen Delegierten - das Angebot bezog sich vorerst vor allem auf die Mitarbeit bei der Zuckerernte. Die Gruppe wird autonom handeln, der BV wird einen Genossen als dem BV verantwortlich bestimmen, der damit jedoch keineswegs zum Leiter oder Sprecher der Gruppe wird. Weitere Informationen geben wir so bald wie möglich den von den Gruppen benannten Genossen. Die Fahrtkosten sind von den Gruppen solidarisch zu übernehmen. Bis ein Genosse, der auch mitfährt, vom BV benannt werden kann, läuft die Koordination über Burkhard Bluem u d Detlev Claussen, 6 Frankfurt, Im Sachsenlager 9, Tel. 59 5o o8. Durchschläge immer an den BV.

INFO - kassel

weigelstraße 14

forum 67 - literaturvertriebs-cooperative

35 Kassel, Postfach 2248
Paketadresse:
(evangel. höhere Fachschule für sozialarbeit) - Martin Ebel oder Norbert Sprafke
hermannstraße 6

ASTA-KIEL : ÜBER DIE WEITERE ZUSAMMENARBEIT MIT DEM EHEMALIGEN STREIKRAT DER HOWALDT-WERFT

Zur Einschätzung des Streiks bei den Howaldt-Werken Kiel möchten wir zu - nächst auf den entsprechenden Artikel des AStA in der RPK Nr. 34 verweisen. Zur näheren Beschreibung des Ablaufs verweisen wir ferner auf den Artikel " Chronologische Schilderung des Streiks bei Howaldt Kiel " von der Kiler SDS-Gruppe in der Apo-Press Nr. 18, obwohl letzterer mit Vorsicht zu geniessen ist, weil man, nur ihn kennend, zum (Fehl-) Schluss kommen könnte, der SDS habe irgendeine Rolle beim Streik gespielt. Das ist nicht der Fall.
Beide Artikel müssen ergänzt werden, zum einen durch eine Schilderung der weiteren Entwicklung, zum anderen durch eine sich daraus ergebende Abschätzung des Verhältnisses Student-Arbeiter und der Einflussmöglichkeiten sozialistischer Studenten auf den Klassenkampf.
Beginnen wir mit der weiteren Entwicklung : Die Zusammenarbeit des AStA-Kollektivs mit den ehemaligen Sprechern der Streikenden hat die Zeit des Streiks überdauert und hält weiter an. Nach dem Abbruch des Streiks herrscht Einigkeit darüber, dass der Arbeitskampf permanent weitegeführt werden müsse; und zwar zunächst einmal unterhalb der Ebene des Streiks. Als Nahziel wurde die Bekämpfung und Beseitigung des Betriebsrates und Betriebsrats-Neuwahlen festgesetzt. Dazu sollte eine sich möglichst schnell an den Streik anschließende Belegschaftsversammlung dienen. Zunächst wollte der Betriebsrat die Versammlung erst Ende September und dann getrennt nach den beiden großen Werken (Gaarden und Dietrichsdorf) einberufen.Es konnte jedoch ein dermaßen großer Druck auf den Betriebsrat ausgeübt werden (Agitation in Flugblättern und Androhung einer Unterschriftensammlung) , dass dieser sich gezwungen sah, die Belegschaftsversammlung auf Mitte Oktober vorzuverlegen. Nützlich für die Arbeiter war in diesem Zusammenhang ein von einem Juristen erstelltes Gutachten, das jene genau über die Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes aufklärte. Im juristischen Seminra bildeten sich daraufhin eine Arbeitsgruppe Betriebsverfassungsgesetz.

Auf der Belegschaftsversammlung wurde von den mit uns kooperierenden Arbeitern fünf gemeinsam erarbeitete Referate gehalten, in denen im wesentlichen eine konsequent links gewerkschaftliche Politik verfochten und ansatzweise politische Perspektiven angedeutet wurden. Der geschlossene massenhafte Beifall der Arbeiter zeigte, dass dabei von einer richtigen Einschätzung ihres Bewußtseins ausgegangen worden war. Aufgrund einiger Äußerungen eines Arbeiters in Bezug auf Betriebsarzt und Vertrauensärzte :" Die wollen uns bloss schnell gesundschreiben, damit wir wieder arbeiten müssen." und " Zur Erholung (Kur) werden die jüngeren Kollegen geschickt, die älteren müssen solange arbeiten, bis sie nicht mehr können- um die kümmert man sich nicht ! " und aufgrund der latenten Bereitschaft der Basisgruppe Medizin, an außeruniversitären Projekten zu arbeiten , ergab sich das Projekt " Howaldt" . Hier wollten die Mediziner (von einem liberalen Professor gefördert) in langwieriger Kleinarbeit das Material des Betriebsarztes auswerten, um dann den Arbeitern die Ergebnisse zur Agitation zur Verfügung zu stellen. Ebenfalls sollen die Ergebnisse zur Agitation in der Universität verwandt werden. Unter anderem, um die Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Streirat zu konsolidieren, planen wir für den 28.11. eine gemeinsame Veranstaltung , wo die Ereignisse des Streiks theoretisch aufgearbeitet und weitere Perspektiven entwickelt werden sollen. Weiter soll die Veranstaltung dazu dienen, dass die Basis des ehemaligen Streikrats im Betrieb verbreitert wird. Außerdem werden wir Anfang Januar im Rahmen der Universitätstage , an-

stelle eines Referates eines Studenten ein teach-in mit den Arbeitern veranstalten, wo diese Kurz-Referate halten werden. Wir werden hier bei den für uns relevanten Studenten die Alternative Proletarier- Handlanger des Kapitals aufzeigen. Solche Veranstaltungen, die schon früher abgehalten wurden, aber an den teilweise berechtigten Vorurteilen der Arbeiter und dem falschen Selbstverständnis der Studenten gescheitert sind, sind heute möglich, weil 1. vielen Arbeitern die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen klar geworden ist, und 2. durch unsere und die Praxis des Streikrats die Ressentiments gegenüber den engagierten Studenten abgebaut sind(Agitation des Streikrats in der Belegschaft und Anerkennung der dauernden Hilfsbereitschaft vieler zum Teil recht langhaariger Genossen, bei frühstmorgentlicher Verteilung von Flugblättern). Nun zu den Erfahrungen, die wir in Bezug auf die Frage Intelligenz und Klassenkampf gemacht haben: Das Bewußtsein der Howaldt-Arbeiter ist in der Masse sozialdemokratisch und linksgwwerkschaftlich. Die Arbeiter sind weitgehend in erster Linie an den o,38 DM interessiert und weniger an " Politik ". Das ist z.B. damit nachzuweisen, dass die Flugblätter des AStA wesetnlich besser ankamen und freundlicher aufgenommen wurden als die der DKP, obwohl diese schon seit längerem das Werksecho verteilte und darin ständig auf die Lohnungleich verwiesen hatte. Es zeigte sich hier, dass die Srbeiter den Eindruck hatten, von der DKP vor einen Karren gespannt zu werden, während sie von uns eher den (richtigen) Eindruck hatten, wir wären sehr an ihren Problemen interessiert und würden sie eher " unpolitisch " unterstützen. Diese Einschätzung wurde evtl. dadurch hervorgerufen, dass die Flugblätter des AStA weitgehend auf revolutionäre Phrasen und Parolen verzichteten und sich inhaltlich, sachlich auf das vorhandene Informationsbedürfnis beschränkten. Dass die Arbeiterschaft integriert war, wußte man. Ebenso waren die Mechanismen oft genug diskutiert, die diese Integration bewirkt hatten. Was man aber nicht konnte, war, verkürzt gesagt, die sofortige Entwicklung einer sozialistischen Analyse des Stellenwertes dieser Lohnkämpfe innerhalb der bundesrepublikanischen Gesellschaft , sowie die daraus resultierende theoretisch abgesicherte Rolle, die die studentischen Genossen jetzt überhaupt in diesen Auseinandersetzungen übernehmen konnten. So war es nicht verwunderlich, dass die Art des Eingreifens durch den AStA bestimmt wurde zum einen durch die Erfahrungen in den anderen Städten (hier hätte sich vor allem die Pleite im Saarland, bei der einige Genossen mitsamt ihrem roten Fahnen von Arbeitern offenbar nicht nur verbal zurückgewiesen wurden, zur einer Art Trauma für uns entwickelt) und zum anderen durch die schon angesprochene Hilflosigkeit bei der konkreten Bestimmung der eigenen Funktion sowie der politischen Relevanz dieser Arbeitskämpfe für die sozialistische Bewegung in der BRD. Zusätzlich tauchte bei uns das Problem auf: Wie verwirklichen Studenten ihren nicht exakt definierten theoretisch revolutionären Anspruch in der Praxis mit linksgewerkschaftlichen Arbeitern (Sozialisten im stregen Sinne gab es bei Howaldt noch nicht, außer dem DKP-Genossen Schlüter) ? Konkretsah das so aus, dass ständig Fragen wie " Sollen wir anti-gewerkschaftlich argumentieren ? " oder " Sollen wir uns mit geläufigen Begriffen, gegen die die Arbeiter evtl. Ressentiments haben , arbeiten ?" usw. ..auftauchten, und wir nicht in der Lage waren, diese eindeutig und theoretisch abgesichert zu beantworten. Wenn der Einstieg des AStA in die Auseinandersetzung bei Howaldt letzlich soch zu einer Entwicklung führte, die von uns in dieser Qualität niemals vorausgesehen wurde, so bedarf es einer genauen Analyse unseres Vorgehens sowie der Beurteilung der entscheidenden Faktoren, die diese positive Entwicklung in Gang setzen bzw. katalysierten. Der besagte Einstieg ist schnell beschrieben: Die eigene Unsicherheit gepaart mit dem Trauma Saarland, veranlasste uns, ein erstes Flugblatt zu verteilen, in dem Worte wie Sozialismus oder Revolution peinlichst vermieden

wurden, indem wir lediglich volles Einverständnis mit allen Forderungen der Arbeiter bekundeten , uns - wenn sie es wünschten - in der Form zur Unterstüzung verpflichtet haben, dass wir AStA -Apparat und Geld für ihren Kampf zur Verfügung stellen wollten. Als gezielt politische und persepketivisch gemeinte Anmerkung in diesem Flugblatt kann lediglich der abstrakte Aufruf zur Selbstorganisation, zur Berufung auf die eigenen Kräfte verstanden werden, der mit einer Absage an die Politik der Gewerkschaft und der Sozialdemokratie verbunden war. Wenn es wenig später tatsächlich zur Kooperation des AStA-Kollektivs mit dem Streikrat kam, so wäre der Schluss sicherlich falsch, allein der von uns oben beschribene zurückhaltende Einstieg, die Beschränkung der eigenen Arbeit auf eine rein susidiäre Funktion hätten das allein bewirkt. Vielmehr wurde die Zusammenarbeit vor allem dadurch möglich, dass der Sprecher der Streikenden, der Genosse Schlüter, mit einigen AStA-Leuten bekannt war, selbst schon an politischen Veranstaltungen in der Uni teilgenommen hatte und von Anfang an ein großes Interesse zeigte, die Ressentiments seiner Kollegen den Studenten gegenüber abzubauen. Auf keinen Fall darf angenommen werden, die Arbeiter seien deshalb gekommen, weil unsere Argumentation auf den Flugblättern ihnen die entscheidenden Perspektiven eröffnet hätten bezüglich der taktischen und strategischen Bestimmungen ihres Streiks . Im Gegenteil: Sie waren gekommen, um die Anlagen der studentischen Selbstverwaltung für ihren Kampf zu instrumentalisieren, nachdem sie erfahren mußten, dass die Verbreitung von Information und Sgitation von ungeheurer Wichtigkeit war für die Geschlossnheit des Streiks, angesichts des abwieglerischen Propagandaaufwandes seitens der bürgerl. Presse und der SPD. Alle, die glaubten, sie seien jetzt endlich am Drücker und könnten schon Übermorgen eine harte sozialistische , theoretisch versierte Kadergruppe bei Howaldt vorweisen, die dazu noch von studentischen Genossen gestuert würde, beweisen nicht nur ihre Naivotät sondern auch ihre völlige Unfähigkeit , die revolutionäre Entwicklung letztlich als einen Prozess zu begreifen, der wesentlich bestimmt ist von der Entwicklung des politischen Bewußtseins der Arbeiter, des Begreifens ihrer politischen Klassensituation sowie ihrer historischen Mission; sowie - und das ist gerade in der heutigen Phase m nicht zu unterschätzen- der Hebung ihres Selbstbewußtseins in der Auseinandersetzung mit dem Unternehmer und den staatlichen Instanzen. Wir haben in diesem Streik das praktisch erfahren, was theoretisch bereits umrissen war: dass nämlich politische Agitation, politische Arbeit von Avangarden in den Betrieben, d.h. innerhalb der Arbeiterklasse anders auszusehen hat, als in der Universität unter Intelektuellen. Studenten sind per se durch eine bürgerliche Klassenlage gekennzeichnet; sie werden sich in der Masse nicht für den sozialistischen Kampf mobilisieren lassen. Der Arbeiter ist aber schon durch seine proletrische Klassenlage dazu bestimmt, sich massenhaft für die sozialistische Bewegung zu entscheiden; Die Arbeiterklasse allein muß als der bestimmende Faktor angesehen werden, wenn wir sozialistische Revolution reden und nach einem revolutionären Subjekt suchen, Daraus ergab sich unsere Unsicherheit; sie ergab sich gegenüber der Forderung, nun zu bestimmen, was im Augenblick revolutionäre Betriebspolitik ist. Wir brauchen in Kiel das Problem nicht zu lösen: Die Arbeiter lösten es selbst. Sie legten die Flugblätter in den entscheidenen Pumkten inhaltlich fest, wir durften Formulierungshilfe geben; wir lieferten ihnen Argumentationshilfen und Analysen für die Belegschaftsversammlung , sie bestimmten die Art der Verwendung. Wir hatten und haben in dieser Zusammenarbeit nur eine - allerdings sehr nützliche - Hilfsfunktion.Die Arbeiter schätzten das Bewußtsein ihrer Kollegen wesentlich besser ein (siehe Belegschaftsversammlung), während wir geneigt waren, Handlungsformen und Praktiken von den Studenten auf die Arbeiter zu übertragen, was sich als unmöglich erwies. Die Arbeiter hatten ein Konzept , dasssie niemals verlassen hätten, das sie für absolut richtig

hielten, und das von dem Genossen Schlüter so formuliert wurde:
" Wir kennen den traurigen Bewußtseinsstand vieler Arbeiter der HDW. Jetzt kommt es darauf an, an den politischen Tagesfragen im Betrieb die Parolen zu entwicklen, die die Arbeiter heute noch - oder schon wieder - begreifen können, damit sie uns folgen in der Auseinandersetzung, damit sie in diesen Kämpfen begreifen lernen, was der Sozialismus für sie bedeutet ."Wenn wir gegen dieses Konzept verstoßen hätten , durch ein Insistieren auf unserer universitären Polarisationsstrategie und deren Anwendung auf den Betrieb (der Versuch ist von uns nie gemacht worden), so wäre eine Kooperation nicht mehr möglich gewesen.
Es wäre zu diskutieren, wie man sich hätte verhalten können, wenn man eine Strategie gehabt hätte; ob man dann vielleicht über technische, argumentative und analytische Hilfen hinaus eine konkrete Initiativfunktion hätte einnehmen können. Für den Augenblick ist jedoch festzustellen, dass wir als sozialistische Intelektuelle uns den Arbeitern unterordnen und darauf beschränken müssen, Zubringerdienste zu leisten.

AStA - Kollektiv

ZWEIRLEI REFORMPOLITIK ODER: VDS, LETZTER AKT

Vor einem halben Jahr hatte der SDS den halbstaatlichen Dachverband VDS übernommen, Mitte November hat er ihn demonstrativ verlassen. Die etablierte Presse hat im Verein mit scheinheiligen als auch gutwilligen Reformern à la SHB und ADS (1) diese Entwicklung fast ohne Ausnahme als bloßen Skandal oder in Form blöder Gerüchte dargestellt. Wir antworten darauf nochmals mit einer Kritik an zwei Varianten studentischer Reformpolitik.
Zuerst fällt auf, daß der VDS, der doch die Interessen der Studenten vertreten will, den meisten überhaupt nur dem Namen nach bekannt ist. Faktisch ist er verstrickt in den Bonner Regierungsapparat, sozusagen ein kleines Stück Staat und ohne praktische Beziehung zu den studentischen Massen: Institutionen wie der VDS sind dort, wo die Massen nicht sind. Als eine solche Institution mit parlamentarischem und bürokratischem Aufbau steht der Dachverband vor einer peinlichen Alternative; entweder er betreibt eine staatsfromme Studentenlobby bei der Ministerialbürokratie oder er fordert lautstark und erfolglos alle möglichen Reformen.

Der SDS hat den Verband übernommen, nachdem dessen liberale Reformpolitik gescheitert war. Wir haben ihn deshalb als Hilfsmittel zur materiellen Unterstützung der anti-autoritären und sozialistischen Bewegung benutzen wollen.
Die Reaktion folgte sofort:
Die Bundesregierungstoppte alle Gelder und forderte aus alten Jahren hohe Summen zurück;
Rektoren wie Konterstratege Rüegg sperrten die Mitgliedsbeiträge der einzelnen Astas, während in anderen Bundesländern die Astas staatlich liquidiert wurden;
Soziladem okratische und liberalistische Astas zahlten nicht und führten stattdessen kostspielige Prozesse gegen den Vorstand, um ihre politische Richtung zu erzwingen;
Die Presse schließlich feierte es als Skandal, daß die restlichen Mittel für revolutionäre Gruppen und Projekte verwandt wurde, bzw. setzte Klatsch und Gerüchte in die Welt.
Wir haben aus dieser Reaktion gelernt, daß ein einzelner Teil des etablierten Institutionensystems nicht einfach aus ihm herausgebrochen werden kann; diese Institution ist gemacht, um die herr-

schenden Interessen, die dann den Studenten als ihre Interessen aufgeschwatzt werden, unpolitisch zu verwalten.

Aber es geht jetzt nicht mehr um den unwichtigen Dachverband, sondern um die politischen Richtungen studentischer Interessenvertretung und Reformpolitik, nämlich einerseits die Koalition von SPDKP im SHB und andererseits die Reformtaktik der ADS (alias CDU & Co.) im falschen Gewande fortschrittlicher Sachpolitik. Beide Richtungen müssen vor dem Hintergrund des Bonner Regierungswechsels kritisiert werden. Denn die herrschende Fraktion des autoritären Staates ist dringend darauf angewiesen, Kritik und Protest der Studentenrevolte ihrer technologischen Modernisierungspolitik im längerfristigen Interesse des Kapitals als ganzem zunutze zu machen. Das heißt, das politische Engagement zumal der kritischen Studenten muß auf Reformforderungen reduziert, der revolutionäre Anspruch dagegen als illusionär und utopisch denunziert werden. Die Herren haben Angst: nicht vor einem plötzlichen Bürgerkrieg, sondern davor, die Studenten wie die Arbeiter könnten die Ideologie studentischer und gewerkschaftlicher "Interessen" endgültig durchschauen und sich an die Geschichte revolutionärer Bewegungen erinnern. Dieses Bewußtsein und seine Folgen zu verhindern, ist objektiv die Aufgabe der SHB, ADS & Konsorten. Läßt sich aber die reaktionäre Absicht der ADS noch leicht entlarven, nämlich am braven Eingeständnis staatsloyaler Ziele, os ist die Kritik am SHB differenzierter zu führen; denn in den Parolen hat er sich der anti-autoritären Propaganda fast mimetisch angeglichen. Heute kommt heraus, was an unbewußten Kompromissen schon lange in die Protestbewegung eingegangen war. Deshalb läßt sich auch die sozialdemokratische Reformpolitik oberflächlich mit dem revolutionären Vokabular verbinden. Der SHB kann von Emanzipation reden und von "Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung" (SHB-Bundesdelegiertentreffen) - und steht doch als Verband auf dem Boden der Notstandsverfassung. Seine Strategie ist der Weg der kritisch friedlichen Koexistenz mit der Staatsgewalt, seine Taktik ist der Appell an ständisches Interessenbewußtsein und an eine fragwürdige Vernunft (als Gegner einer fiktiven ästhetisierten Verweigerungsutopie, die dem SDS untergeschoben wird). Umso interessanter, daß der heruntergekommene Leninismus der DKP harmonisch mti dieser Richtung zusammenklingt.

Gerade im Wahlkampf ums Studentenparlament muß auf die Bedeutung dieser Kritik besonderes Gewicht gelegt werden, weil das parlamentarische Sandkastenspiel, das zur Anpassung an formale Regeln etabliert wurde, den Schein produziert, als ginge es im Ernst um die bessere oder schlechtere Vertretung studentischer Interessen. Das Gegenteil ist wahr:

"STUDENTISCHE INTERESSEN" SIND DIE THEORETISCHEN WIE PRAKTISCHEN AUFGABEN DER KRITISCHEN, ANTI-AUTORITÄREN UND REVOLUTIONÄREN INTELLIGENZ IM INTERNATIONALEN BEFREIUNGSKAMPF GEGEN IMPERIALE GEWALT, AUSBEUTUNG, KLASSENHERRSCHAFT UND TÄGLICHE ENTMÜNDIGUNG !

SDS

(Dieses Flugblatt wurde in Frankfurt verteilt, um der Gerüchtemacherei der ADS entgegenzutreten. Die ADS ist in Frankfurt ein Produkt des RCDS aus der Hochschulrevolte und nicht identisch mit dem überregionalen ADS)

AL-DJABHA

DIE FRONT

No. 3

herausgegeben vom Palästina-Komitee Aachen, Frankfurt, Heidelberg

69 Heidelberg, Grabengasse 14 c/o AStA

Inhalt: Al-Ahder: Krisenerscheinungen in der palästinensischen Widerstandsbewegung
Matzpen: Die Linke in Israel
Zur Krise im Libanon
Meir Vilner (Rakah-Partei): Die wirtschaftliche und soziale Lage in Israel vor dem Juni-Krieg